

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

156 (7.7.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG DER EISERNE FRONT FREIHEIT IST EINHEITSFRONT! DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10erpalare Millimeterzeile kostet 12 Pf. ...

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern ...

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark ...

Nummer 156 Karlsruhe, Donnerstag, den 7. Juli 1932 52. Jahrgang

Lausanne stockt immer noch

Keine politischen Konzessionen Herriots an Papen

Lausanne, 6. Juli. Die Verhandlungsversuche des Mittwoch abend in Verhandlungen zwischen v. Papen, MacDonald und Herriot, die den ganzen Tag bis in die Nacht dauerten. Sie galt fast ausschließlich dem Bemühen Macdonalds, den französischen Ministerpräsidenten zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Herriot gab in seinem Punkt nach. Er behielt auf dem französischen Vorschlag mit der Endabklärung von 4 Milliarden und auf der Ablehnung jeder politischen Bedingungen. Die Abendbesprechung um 10 1/2 Uhr zu Ende, soweit bekannt mit negativem Ergebnis. Die Verhandlungen gehen am Donnerstag weiter. Das deutsche Contibureau meldet: Die Zusammenkunft hat kein Ergebnis gebracht, und es ist auch kein Fortschritt über eine Einigung über die Summe der deutschen Leistungen oder die politischen Klauseln zu verzeichnen. Die deutsche und die französische Delegation verharren auf ihren Standpunkten.

Von französischer Seite wird zu den Verhandlungen getrenntweise mitgeteilt, daß Herriot auf dem Standpunkt stehe, die Ziffernfrage sei für Frankreich nebenbei, das sagen könne er in der Kriegsfrage, Sicherheit, und Gleichberechtigung keine wesentlichen Entgegenkommen.

„Hundert Meter vom Ziel“, als sich Brüning eben anschickte, nach Lausanne zu fahren, wurde er vom Herrenklub, der sich die Zustimmung und Mitwirkung des Braunen Hauses erkaufte, hinterläßt vom Pferd gerissen. Bevor sich noch die erste Mitwelt als solch politischer Klugheit höchst irdischer Vorsehung die Augen reiben konnte, erschien der neue Herr und Lenker unserer Geschichte aus der Verfassung: Franz von Papen.

Dieser Herr von Papen und seine Freiherren begannen ihre Arbeit mit einer bösen Regierungserklärung und mit notverordneten Befehlungen von 1 1/2 Milliarden für die Vermissten der Armen. Der Jubel vom Münchener Braunen Haus, Herr Hitler, billigte das. Als Äquivalent erhielt er für seine SA-Marschallbesuche. Dann lieferten die Papenheimer für die Schwerindustrie noch rasch einige Liebesgaben, und nachdem in dieser Weise die innenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen durch den Herrenklub und Hitler „bereinigt“ waren, konnte Herr von Papen und die Seinen frohgenuß zur raschen Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten nach Lausanne fahren. Auch dort wollte man einem Brüning, den „Sofortparteiern“ und vor allem den Franzosen und Polen zeigen, was eine Härte ist und was deutsche Männer sind. Also zog das „nationale“ Deutschland unter den Segenswünschen des Herrenklubs und seiner braunen Führer gewöhnlich und bescheiden Helfersherfer in die Schmei.

Ein Diplomat der Eidgenossenschaft schilderte in einer Zeitung, wie eines Morgens, ehe noch die anderen ausländischen Konferenzteilnehmer angekommen waren, ein kleiner gepflegter und eleganter Herr im Pressezimmer erschien, unbekannt und unbeachtet, wie er sich dann als deutscher Reichskanzler den anwesenden Journalisten vorstellte, ließ sich vor jedem verbeugte, ganz besonders dem Franzosen minuten-

lang und herzlich die Hand drückte und sich nach Pariser schwerindustriellen Bekannten erkundigte. Dieser Schweizer schloß seine Darlegung mit den Worten: „Was wäre einem Brüning geschehen, wenn er sich derart benommen hätte? Die deutschen Nationalsozialisten hätten ihn in Stücke gerissen.“

Wäre es nicht bei diesem Anlaß gewesen, so gewiß bei dem bekanntem Interview des Herrn v. Papen mit dem Korrespondenten des Matin, einer der gefälligsten und deutschfeindlichsten Zeitungen von Paris. „Ich freue mich sehr... sagen zu können... daß Frankreich einen berechtigten Anspruch... Die Blätter des verübten Hitler schweigen. Die Deutschnationalen maufen ein wenig. Die königliche Volkszeitung flammte vor Entrüstung und wurde verboten! Redter Hand, hinter Hand alles vertauscht!

Neue Verhandlungen nach Papens Berliner Reise: Keinen Pfennig werden wir bezahlen. Wir haben auch keine Vorschläge zu machen. Wir können nicht zahlen und werden nicht zahlen! Rundfunkansprache an das deutsche Volk, sich geschlossen hinter seine Vertreter zu stellen. Rundfunkansprache an die Welt: Hinter der Regierung Papen stehe das „nationale“ Deutschland und seine „aufbauwilligen“ Kräfte in braunen englischen Lederhosen.

Der Raie haunt, und der Raumann wundert sich! Deutschfreundliche englische Blätter schreiben, dieser Herr v. Papen sei kaum ernst zu nehmen! Neue Verhandlungen: Papen wirft das Problem der deutschen Privatgläubiger in die Debatte und verlangt auch hier Beiträge. Entsetzen in England und Amerika! Die Frankfurter Zeitung berichtet darüber und erzählt durch die Regierung einen Raufenüber und Anführer. Macdonald vermittelt wiederum und jetzt laßt der Spruch des nationalen Deutschlands auf den Konferenztag: „Gut, wir wollen eine größere Abschlußzahlung leisten, wenn Deutschland das Recht erhält, in der Zahl der Soldaten und Kanonen mit Frankreich gleichen Schritt zu halten!“

„Erpreßung“, ruft es in Frankreich. „Also können die Deutschen doch etwas zahlen“, sagt das gesamte Ausland: Ausgerechnet „nationale“ Blätter beschwören die deutsche Delegation diesen Pakt unter allen Umständen einzugehen und sich von keinem innerpolitischen Wahlmanöver davon abbringen zu lassen.

Man stelle sich vor, ein Reichskanzler der Weimarer Parteien oder Brüning wäre in Lausanne einmal so und einmal so aufgetreten wie Herr v. Papen. Wie hätte die Reichspresse gehandelt, wie hätten die Nazis gefächert und wahrheitsgemäß schreiben dürfen, ohne daß ihren Blättern auch nur ein Haar gekrümmt worden wäre. Da sie jetzt mit im Bunde sind, müssen sie schweigen, dulden sie klein und häßlich, was sie früher in der ungeheuerlichsten Weise verpöbht haben. Heute tolerieren sie nicht nur Hungerverordnungen, heute tolerieren sie selbst das, was früher von ihnen als „Landesverrat“ bezeichnet wurde. So fängt sich die Gesellschaft von Tag zu Tag mehr in ihrem Rügen, weil Deutschland zu erwachen beginnt.

Ein Vorstoß der „nationalen Fronde“

Stuttgart, 6. Juli. (Eig. Meda.) Im württembergischen Landtag sitzen heute drei deutschnationale Bundestagler. Einer davon ist der Finanzminister Dr. Dehlinger. Die beiden anderen, Dr. Wiber und Dr. Schott, haben jetzt an die Regierung, der ihr dritter Kollege selbst anheißt, folgende geforderte Anträge gerichtet:

„Am 11. August 1932 soll eine Verfassungsfeier unter Mitwirkung der Staatsregierung und der Stadtgemeinde Stuttgart abgehalten werden. Da die Verfassung durch die Anwendung des Art. 48 in den wichtigsten Teilen praktisch außer Kraft gesetzt ist und heute keine Veranlassung besteht, teure Feste zu feiern, stehen wir an, ob das Staatsministerium bereit ist, seine Mitwirkung an dieser geplanten Feier zu verweigern.“

Auf die Antwort, die diese neugierigen, den Regierungsparteien selbst angehörenden Fragesteller erhalten, kann man gespannt sein.

Berliner Schlachtsteuerstreik aufgehoben

Ein mißlungenes Nazi-Experiment

Das Berliner Fleischergewerbe hat durch seinen „Abwehr-ausschuß“ den Beschluß gefaßt, den Schlachtsteuerstreik aufzuheben. Der nächste Viehmarkt, der am Freitag stattfinden wird, soll wieder normal durchgeführt werden.

Mit diesem Beschluß war zu rechnen. Gegen Experimente mit Schlachtsteuerstreik hatte der Verbandstag der Fleischer, der in voriger Woche in Dortmund stattfand, bereits Stellung genommen. Der Verbandstag konnte sich von solchen Maßnahmen nichts versprechen.

In Berlin geriet aber die ganze Bewegung gegen die Schlachtsteuer in die Hände nationalsozialistischer Drahtzieher, die sie zur Aktion gegen die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Republik auszuspielen versuchten.

Damit befand sich der „Abwehr-ausschuß“ der Berliner Fleischer in völlig falscher Frontstellung. Fleischer und Parteien, auf die sich die preußische Regierung stützt, also die Sozialdemokratie und das Zentrum, haben keinen Zweifel darüber geäußert, daß sie mit

der Schlachtsteuer nicht sympathisieren, daß diese unsinnig und wirtschaftsfeindlich sei und so bald als möglich verschwinden muß und daß das Reich Preußen durch die Verweigerung von Zuschüssen, auf die Preußen gesetzliches Anrecht hat, zur Einführung der Schlachtsteuer gezwungen hat. Diese Einstellung wurde von den Fleischermeistern in den Plakaten, die in den Geschäften aushängen, veranschlagt.

Verhängen wurde auch selbstverständlich, daß die nationalsozialistische-deutschnationale Regierung in Mecklenburg-Strelitz auf die Schlachtsteuer verzichtet hat und daß die von den Nazis gekürzte Reichsregierung daran denkt, die Schlachtsteuer für das gesamte Reich einzuführen.

System - Hitler-Papen

Eine Witwe schreibt:

„Ich habe bis jetzt 12,60 Mark Invalidengeld erhalten. Bekomme nur die Hälfte der Invalidenrente, weil ich 32 Mark Witwenrente bezog. Meine Witwenrente wurde jetzt um 5 Mark gekürzt, die 12 Mark Invalidenrente aber ebenfalls um 5 Mark, um 6 Mark. Das ist ja etwas ganz Ungeheuerliches! Von den 44,60 Mark im Monat hat man mir nur noch 33,60 Mark für den ganzen Monat gelassen. Denn, die 50 Mark Rente bekommen, werden nur 5 Mark abgezogen. Könnten denn die Nazis nicht wenigstens gestaffelt werden?“

Bin 65 Jahre alt, ich bin ganz verzweifelt!“

Der Abzug von 5 Mark trifft die Witwen schon schwer genug. Das man ihnen obendrein noch die halbe Invalidenrente um den vollen Noterordnungsatz von 6 Mark kürzt, ist ein Skandal!

Die Auswirkung der Hitler-Notverordnung sorgt dafür, den Witwen den Unterschied herausmachen zwischen dem „Wohlfahrtsstaat“ und dem von Hitler tolerierten neuen System der Baronsregierung.

Der rasende Wahnsinn

Essen, 6. Juli. Die jüngsten blutigen Vorfälle in Essen haben, wie die Polizei mitteilt, noch weitere Todesopfer gefordert. Von den Schwerverletzten sind bis jetzt in den Krankenhäusern 4 gestorben, so daß sich die Zahl der Toten auf 6 erhöht. Das siebente Todesopfer ist ein Julius Warmann, der auf der Süssen-Allee mit einem Messer in der Lunge aufgefunden wurde. Er verstarb am Mittwoch vormittag. Nach Zeugnisaussagen sollen Nationalsozialisten ihn niederschlagen und erstochen haben. Die Polizei gibt die Verhaftung eines 19-jährigen jungen Mannes als Täter bekannt, schweigt sich aber über seine Parteizugehörigkeit noch aus.

In Duisburg kam es in der Nacht zum Mittwoch ebenfalls zu politischen Schlägereien. Drei Personen wurden durch Steinwürfe und Schüsse schwer verletzt, fünf Personen wurden verhaftet.

Kiel, 6. Juli. In Kellinghusen kam es zu Zusammenstößen zwischen anreisenden Nationalsozialisten, Reichsbannerleuten und Kommunisten. Die Nazis hatten ihre SA aus dem ganzen Westen der Provinz zusammengewogen. Die einheimische Polizei erwiderte sich als viel zu schwach und sah sich gezwungen, aus Seebeck und Altona größere Kommandos zu Hilfe zu rufen. Bei der Säuberung der Straßen von den SA-Borden und bei der Durchsuchung der Sammelplätze wurden den Nationalsozialisten zahlreiche Waffen, wie Gummiknüppel, Totschläger, Dolche und Pistolen abgenommen. Einige Reichsbannerleute trugen Verletzungen davon.

Köln, 6. Juli. In Köln, wo es im Vergleich zu anderen Großstädten bisher verhältnismäßig friedlich war, häuften sich in den letzten Tagen die politischen Kauerereien. Bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten wurden mehrere Kommunisten leicht verletzt. In einem Falle erhielt ein Kommunist einen schweren Knieschub. Mehrfach griff die Polizei zur Waffe. Im Verlauf einer anderen Schlägerei gab es bei den Kommunisten etwa neun Verwundete, bei den Nazis zählte man sechs Verletzte. Die Polizei fand bei den Nazis 10 Schlagwerkzeuge, eine Tüte mit gemahlenem Pfeffer und einen Revolver.

Auch in Bonn, wo am Dienstag vormittag vor dem Arbeitsamt bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nazis durch den Schuss eines Nazis ein Unbeteiligter schwer verletzt wurde, kam es in der Nacht zum Mittwoch mehrfach zu Schlägereien, in deren Verlauf die Nazis zahlreiche Schüsse abgaben.

Politisches Banditentum

Die Bundespreßstelle des Reichsbanners teilt mit:

Als am Montag abend gegen 11 Uhr Mitglieder des Reichsbanners aus Hoverswerda, die an einer Versammlung in Boersdorf teilgenommen hatten, den Bahnübergang Hoverswerda erreichten, wurden sie von sechs Nationalsozialisten überfallen. Die Nationalsozialisten warfen mit Steinen und schlugen mit Gummiknüppeln, Faustkugeln und anderen Schlaginstrumenten auf die Reichsbannerleute ein. Auf ein Signal hin eilten weitere Nationalsozialisten aus dem Stabitzern herbei und beteiligten sich an der Schlägerei. Die Polizei erschien erst zwanzig Minuten später. Beim Erscheinen der Polizei waren die Nationalsozialisten verschwunden. Vier Reichsbannerleute wurden schwer, außerdem wurde eine größere Anzahl leicht verletzt.

Kiel, 6. Juli. Ein neunzehnjähriger Landarbeiter wurde auf einer Chaussee nach Kiel von vier Nationalsozialisten überfallen und zu Boden geschlagen. Der junge Arbeiter blieb besinnungslos liegen und wurde von einem vorüberfahrenden Personenwagen zu einem Arzt gebracht, der schwere Kopfverletzungen feststellte. Die Tat hat ihre Ursache darin, daß der junge Landarbeiter sich immer wieder geweigert hat, der SA beizutreten.

Die Einheitsfront

Von den Nazis bis zu den Nazis

Essen, 6. Juli (Eig. Draht.) In dem Bergarbeiterort Erdeshorn haben die kommunistischen Klassenkämpfer die Einheitsparole ihrer Zentrale auf ihre Art in die Praxis umgesetzt. Für die Wahlen zum Elternbeirat kandidieren dort friedlich und friedlich neben den Stahlhelmern und Hitlerkumpen Kommunisten. Gewählt wurde auf einer gemeinsamen Liste: Als Spitzenkandidat ein Kommunist, an zweiter Stelle die Ehefrau eines Stahlhelmführers, an dritter Stelle ein angeblich unpolitischer Kommunist, an vierter und fünfter Stelle wieder Kommunisten und an sechster Stelle der örtliche Führer der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei.

Tagesschau

Genf, 6. Juli. Die Vertreter Spaniens, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, Hollands, Belgiens, der Schweiz und der Tschechoslowakei haben beschlossen, darauf hinzuwirken, daß in dem Resolutionensentwurf des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz ein uneingeschränktes Verbot des Bombenabwurfs aus der Luft aufgenommen wird.

Brüssel, 6. Juli. Im Grubengebiet der Besenage ist heute ein Streik auf sämtlichen Zechen ausgebrochen. Es haben sich mehrere Zwischenfälle ereignet.

In der Universität Weizsäcker kam es zu Außerordnungen durch die NS-Studenten. Während des Abnehmens des Forts Wessel-Liebes erschien der Rektor Prof. Dr. Witt und ermahnte die Studenten zur Ruhe. Da aber die Mahnungen des Rektors nicht befolgt wurden, ließ der Rektor die Universität räumen und die ehekernen Tore schließen.

Die Nazis brüllen am Pranger

Die tägliche Feststellung der Tatsache, daß Hitler die erzkonservative Schleicher-Regierung der preußischen Barone toleriert, daß diese Regierung überhaupt nur mit Zustimmung der Nazis gebildet worden ist, bringt die Nazis in täglich sich steigender Wut. Sie haben erkannt, die Gelden mit dem Hakenkreuz, daß die Taten dieser verkappten Hitlerregierung im Volke starke Erbitterung bereits hervorgerufen haben; sie fürchten für den Wahlausfall, die Herren Nazis.

Auf Kommando muß nun die Nazipresse täglich Stein und Bein schwören, das Kabinett der Barone gehe die Nazis gar nichts an; sie tolerieren es auch nicht. Alles bewußter und abgekarteter Schwindel.

Wir stellen fest: Sofort nach der Bildung der Regierung der Barone, hat der Reichspropagandaleiter der Nazis, der großmäulige Viktor Goebbels, die Order an alle Hakenkreuzmänner herausgegeben, sich bei der Wahlpropaganda nicht auf Diskussionen über die preußische Baronsregierung einzulassen. Unter der Hand wurde den Naziquintessenz empfohlen, sich „schön und im Bedarfsfalle vor diese Regierung zu stellen.“

Für die Tolerierung der Regierung der Barone hat Hitler die Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes, die Auflösung des Reichstags, den politischen Mißbrauch des Rundfunks eingehandelt, sowie die Aufhebung des Verbots der SA und SS.

Dafür darf und soll die Regierung der Barone die Sozialleistungen abbauen, was wiederum dem Volk entspricht, den Herr Hitler bei seinen vielen Unterredungen mit Deutschlands industriellen Scharfmachern in irgend einer Form ins Reine gebracht haben wird.

Hitler toleriert — Herr Papen und die anderen Barone regieren nach Hitlers Wünschen und nach denen der Sozialreaktionäre in der Industrie und Großlandwirtschaft.

Die Renten der Vermögenden aller Armen wurden schonungslos herabgesetzt, die Umwälzsteuer auch für die Kleinbetriebe wieder eingeführt, ebenso die Salzsteuer.

Die Nazis tolerieren das alles, wenn sie dafür die neuen Uniformen tragen und nach Herzenslust demonstrieren, d. h. den tollsten Terror ausüben können.

Natürlich haben die Nazis noch weitergehende Wünsche und Forderungen in Bereitschaft. Das Essener Naziblatt, die Nationalzeitung vom 18. Juni 1932, schrieb im Ueberchwang der Gefühle:

Deutschlands Zukunft müsse binnen kurzem in den Händen der SA und auf den Bajonetten der Reichswehr liegen.

Für die Regierung der Barone tragen also die Nazis die volle Verantwortung. Ohne die Gewißheit, die sicher auf bestimmten mündlichen Absprechungen beruht, daß die Nazis jetzt und auch nach den Wahlen die Regierung der Barone tolerieren und auch schützen werden, würde die Regierung es niemals gewagt haben, solche erbarmungslose Streiche gegen die Sozialrentner und gegen die soziale Fürsorge überhaupt zu führen.

Aber noch mehr: seit Jahr und Tag verüben die Nazis eine wahre Mordhege gegen alle Personen und Parteien, die im Laufe der Jahre hinsichtlich der Reparationen und der sonstigen internationalen schwebenden Streitfragen nicht die Politik des Faustschlags auf den Verhandlungstisch betrieben haben.

Jetzt war der Kanzler von Hitlers Gnaden in Lausanne. Hat er auch nur einmal die rechte Hand zur Faust geballt, geschweige dann mit der Faust auf einen der Tische geschlagen?

Nicht daran zu denken! Im Gegenteil: der Chef der Baronsregierung machte ein Milliardenangebot, das selbst von Deutschlands Gegnern als für Deutschland kaum möglich und tragbar eingeschätzt wird. In Lausanne war man einfach momentan verblüfft über die Leichtfertigkeit, mit der die Baronsregierung Milliarden offerierte.

Wo bleibt angesichts dieser Tatsache das Empörungsgeschrei der Nazis? Wenn ein Marx, ein Hermann Müller, ein Brüning sich bei einer internationalen Konferenz der Art gegeben hätte, die Schlammschüssel der Nazihege und der Nazi-Verleumdungen wäre hergehohlet gestiegen.

Freilich: inzwischen scheint eine Art Abmachung zustande gekommen zu sein, monach, um die Wahlagitator der Nazis nicht allzu sehr zu schädigen, sie nunmehr das Kabinett der Barone zwar nicht angreifen sollen, aber sie dürfen von ihm abrücken. Nach der Wahl wird man sich wieder unter den Linden grüßen, besonders wenn, was aber noch sehr ungewiß ist, die Nazis, den erwünschten Wahlerfolg verbuchen könnten.

Ein manche der bürgerlichen Parteien hat mit dem deutschen Volke, besonders mit der Arbeiterklasse ein skrupelloses Schindluderpiel getrieben; was aber die Nazis jetzt spielen, das ist doch das Ungeheuerlichste an Verrat an den vitalsten Volkselementen.

Darum muß es bis zur letzten Stunde des Wahltags laut und eindringlich in alle Gehirne hineingehämmert werden, daß ohne die ausdrückliche Billigung der Nazis das Kabinett der Barone niemals hätte gebildet werden können, daß es ohne deren Zustimmung auch niemals gebildet worden wäre.

Die scheinbare Distanzierung der Nazis vom Baronskabinett, die aus wahlpropagandistischen Gründen jetzt und bis zum Wahltag mit lautem Getöse vorgenommen wird, ist Wahl-Schwindel und Wahlbetrug von bisher unerhörten Ausmaßen.

Ohne die Nazis keine Baronsregierung, ohne die Tolerierung dieser Regierung durch die Nazis nicht die Notverordnung, die in weiten Kreisen der Vermögenden des deutschen Volkes helle Verzweiflung ausgelöst und die Not bis zur Unerträglichkeit gesteigert haben.

Die Regierung der Barone ist eine verkappte Hitler-Regierung.

Die Regierung der Barone genießt die Unterstützung der Nazis.

Die Führer der Nazis wußten, was die Baronsregierung notverordnete; sie tolerierte trotzdem weiter.

Jeder Fluch der so hart Geschädigten muß die Nazis treffen; jede ihrer Wahlstimmen muß am 31. Juli gegen die Nazis abgegeben werden.

Dann werden die Hauptschuldigen getroffen.

Und so soll es auch geschehen!

Wohin der arme Nazi blickt, Drei Pfeile, die auf ihn gezielt!

Senkung der Kurzarbeiter-Unterstützung

Weitere Auswirkung der Papen-Verordnung

Die Kurzarbeiterunterstützung wird im Anschluß an die Notverordnung der Hitler-Regierung, die die Arbeitslosenunterstützung abgebaut hat, nun ebenfalls gesenkt. Die Senkung tritt zum ersten Male am Ende der laufenden Woche in Erscheinung. Der Präsident der Reichsanstalt hat zu diesem Zweck bereits durch einen Rundverlaß die Arbeitsämter unterrichtet. Für die Senkung der Kurzarbeiterunterstützung ist natürlich nicht die Reichsanstalt, sondern die Regierung der Hitlerbarone verantwortlich. Sie will die Kurzarbeiterunterstützung der Arbeitslosenunterstützung anpassen. Erfolgt eine volle Anpassung, dann wird die Kurzarbeiterunterstützung ähnlich wie die Arbeitslosenunterstützung um rund ein Viertel gesenkt. An dem Personenkreis, der für die Kurzarbeiterunterstützung in Frage kommt, ändert sich nichts. Unterstützung erhält nach wie vor nur, wer nur drei Arbeitstage aufzuweisen hat. Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter beträgt zurzeit rund eine Viertel Million. In der letzten Aprilwoche waren es noch 290 000. Damit ist aber nicht gesagt, daß Kurzarbeiter wieder in größerem Maße in Arbeit gekommen sind; im Gegenteil: die Kurzarbeiter, die keine Unterstützung mehr erhalten, sind zum größten Teil voll- und arbeitslos geworden.

Im Zeichen der drei Pfeile

In diesem Monat der Entscheidung, Da wir der Wahl entgegengehen, Soll alles, bis zu unserer Arbeit, Im Zeichen der drei Pfeile stehen.

Wir wollen Deutschland überfluten. In Dörfern, hakenkreuzverfluchten, In allen Häusern, allen Hütten, Soll das Symbol der Freiheit leuchten!

Drei Pfeile schellen von dem Bogen: Ins Herz hinein den Vorwärtsstößen! Ein Wettersturm kommt angezogen, Zur letzten großen Schlacht wir rüsten.

Drei Pfeile, die zurück noch reihen Den Wagen, der vor und über uns hält. Drei Pfeile, die zur Zukunft weisen, In unsere Sozialistenwelt.

Dans Bauer.

Kundfunkrede des Reichsernährungsministers

Starker Optimismus für die Ernte — Wie werden jedoch die Preise für die Konsumenten?

1. den Gläubigerdruck auf die Landwirtschaft möglichst zu mildern und

2. Maßnahmen zu treffen, die den Landwirten die Möglichkeit geben, das Geldbedürfnis zu befriedigen, ohne die Waren sofort verkaufen zu müssen. Zur Milderung des Gläubigerdrucks ist der Kreditnachschuß für Grundstücke ausgeschrieben und verlängert worden. Darüber hinaus ist darauf hingewiesen worden, daß die Reichsbank, die Rentenbankkreditanstalt und die sonstigen Kreditinstitute keinen unangemessenen Druck bei der Einlösung ihrer Forderungen in den nächsten Monaten ausüben werden.

Um eine angemessene Verwertung der heranreifenden Getreidernte sicherzustellen und den Angebotsdruck in der ersten Zeit der Ernteeintrags zu vermeiden, hat die Reichsregierung ein umfassendes Programm aufgestellt, das den Angebotsdruck verringern und verteilen und den Markt möglichst aufnahmefähig gestalten soll.

Französische Außendeckelung

Paris, 6. Juli. (Eig. Draht.) Die sozialistische Kammerfraktion hat am Mittwoch beschlossen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, daß die Kammer nicht in die Ferien geschickt wird, bevor nicht eine Debatte über die Außenpolitik erfolgt. Herriot, der telephonisch von diesem Wunsch benachrichtigt worden ist, hat sich damit einverstanden erklärt.

Außerdem beschloß die sozialistische Fraktion zur Erzielung von Expeditiven in den Finanzgesetzen der Regierung einen Bericht auf die Reserve-Verbindungen in diesem Satz zu beantragen. Der Kriegsminister soll durch eine Delegation der Fraktion ersucht werden, sich dem Antrag nicht zu widersetzen.

Die dauernden Hetzer zum Bürgerkrieg sind Die Nationalsozialisten!

Goebbels will mit der roten Mordpest ausräumen, will Rache nehmen, wie sie in der Weltgeschichte noch in keinem Lande erlebt ist. So sprach Goebbels vor tausenden Menschen im Berliner Sportpalast am letzten Freitag.

Die Sozialdemokraten

sind die Pfeile der Zukunft! Sie wollen den Volksstaat, nicht den Militärstaat wie die Kapitalisten und Ihre Trabanten, die Nazis.

Deutschlands Fremdenverkehr wird zerschlagen

Nazi-Auslandspropaganda

In Berlin kabeudeln Herr Hitler und die Seinen in den ausländischen Botschaften und vor den ausländischen Journalisten. Ausländische Blätter schreiben, daß die Nazis gerade eine Landplage in den Wartestimmern der französischen, englischen, italienischen und amerikanischen Botschaften geworden seien.

Wie diese Nazi-Propaganda für das Ausland draußen im Lande ausfiehet, darüber berichten uns ebenfalls die ausländischen Zeitungen. Sie berichten, wie durch die Ausländer- und Bürgerkriegs- hebe ungeschuldige und völlig unbeteiligte Ausländer in den Straßen Berlins angepöbelt und sogar geschlagen werden, weil irgend ein Haufe von SA-Männern nicht vertrauen kann, wenn sich Ausländer auf der Straße oder in den Abteilen der Untergrundbahn in ihrer Mutterprache unterhalten. Meist genügt es, daß Ausländer kein rein artliches Gesicht haben, sondern Nazi-Gebelns zeigen, um angepöbelt und beleidigt zu werden. Wie sich diese Gemeinheiten auf den Fremdenbesuch auswirken, davon können uns die deutschen Hotels und die deutschen Eisenbahnen erzählen. Was es für den deutschen Namen und für das deutsche Ansehen im Ausland bedeutet und welche Rückwirkungen diese Hetzereien unserer Exporteure, unsere Fabrikanten und all jene, die heute im Ausland zu tun haben.

Das neueste Hetzenstück, über das die Auslandspresse groß berichtet, ereignete sich bei den Schlägereien in der Frankfurter Universitätskaserne. Wie die Banden haben dort die von den Nazis mobilisierten nicht-jüdischen SA-Mitglieder gehaust, so daß die Universität geschlossen und der Rektor einen Hilferuf an die Regierung senden mußte. Weibliche Studenten wurden in den Gängen geserrt und geschlagen und zu den Geprügelten und Verletzten gehörte auch ein amerikanischer Student namens Crofts.

Schämen sich die Nazisoten wenigstens hinterher ihrer glorreichen Taten? Schmeigen sie wenigstens, daß Frauen und republikanisch gesinnte Studierende von drei- und vierfacher Ueberzahl mißhandelt wurden? Im Gegenteil! Natürlich waren die Nazis die Ueberfallenen, und obenstehend schreibt am 27. Juni das Frankfurter Naziblatt: „Was den „unschuldigen mißhandelten“ amerikanischen Studenten anbelangt, so ist jeder deutschbewusste Student und Studentin der Ansicht, daß sich dieser völkisch-propagandistisch tätige Herr nur die längst verdiente, wenn auch nicht ausreichende Strafe geholt hat. ... Die gewiß sehr „mutigen“ Studentinnen sollten sich darüber klar sein, daß sie eben in dem Augenblick, wo sie sich „gleichberechtigt“ mit ihren Kommilitonen zum „Kampf“ stellen, auch gleichberechtigt behandelt werden. Aber das Leben dieser Damen nicht ein, sondern Klagen emvört und entrüstet, wie wenig Kavaliere die Nationalsozialisten seien.“

Für die Universität Heidelberg stiftete vor wenigen Jahren der amerikanische Botschafter eine Million Goldmark. In Frankfurt wird dafür kein Randemann mißhandelt und geschlagen, und hinterher bedauert man, daß es nicht genau war. Vielleicht wird dieser Austauschstudent einmal amerikanischer Botschafter oder Diplomat, Minister oder Abgeordneter. Seine Gefühle für Deutschland stehen heute schon fest, und auch das, was in Amerika über deutsche Unterdrückung zu lesen ist.

Aus einem Wahlausruf der Staatspartei

Der Führer der Deutschen Staatspartei, Reichsminister a. D. Dietrich, hat an die Mitglieder und Freunde der Partei nachstehenden Ausruf erlassen:

„Verfassungsmäßig nicht zuständige Kräfte haben die Regierung Brünning zu Fall gebracht und die Auflösung des Reichstags herbeigeführt. Gleichwohl, ob die neue Regierung von Papen die Macht in Deutschland kraft eigenen reaktionären Willens ausüben gedenkt oder sie nach den Wahlen an die Nationalsozialisten abtreten will — sie ist in jedem Fall ein Werkzeug Hitlers, und sie hat Gefahren für das deutsche Volk und Reich heraufbeschworen, die wir eben durch die Präsidienwahlen gebannt glauben. Ein Sieg des Nationalsozialismus, der seinem Inneren Wesen nach unüberwindlich ist, bedeutet Terror gegen Andersdenkende, Unterdrückung der politischen Freiheit, unübersehbar wirtschaftliche Experimente.“

Die bisherige Regierung ist über ihre Absicht gefallen, die verschuldeten Ollier des Ostens aufzuteilen und so die Grundlage des Ruinens zu bereiten. Sie wollte auch 600 000 Erwerbslosen Brot und Arbeit beschaffen. Aus den Vorarbeiten für die Befreiung von den Reparationen und aus den Aufgaben zur Bewältigung der Sorgen des nächsten Winters wurde das Kabinett herausgerissen und an seine Stelle auf einmal verfassungsmäßig nicht einwandfreie Kräfte gesetzt, das schon in seinen ersten Anfängen jetzt, mit wenig Verständnis und Einfühlungsvermögen als die Politik betreibt. Die Spekulation, mit der katzenartigen Kandidatur von Papen das Zentrum zu fesseln, erwies sich als verfehlt. Die Drohung mit einem Reichskommissar für Preußen hat alle süddeutschen Staaten geschlossen gegen die Reichsregierung aufgebracht. Die Kapitulation vor Hitler in der Frage der Aufhebung des SA-Verbots erfüllt alle deutschen Länder, die sich für die Ruhe und Ordnung verantwortlich fühlen, mit schwersten Sorgen.“

Kundfunkgebührenerlaß für Arbeitslose

Auf Grund einer Untergang der sozialdemokratischen Mitglieder des Verwaltungsrats der Reichspost hat der Reichspostminister an die Oberpostdirektionen eine Verfügung erlassen, durch die der Erlaß von Rundfunkgebühren für arbeitslose Rundfunkteilnehmer weiter ausgedehnt

wird. Die Verfügung bestimmt:

„Mit Wirkung vom 1. August 1932 können die Rundfunkgebühren durch die Postämter auf Antrag auch Arbeitslosen erlassen werden, denen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung nach Ablauf von 36 Tagen (6 Wochen) wegen Hilfsbedürftigkeit weiter gewährt wird. Ferner werden die Postämter ermächtigt, Arbeitslosen, denen die Rundfunkgebühren nach den bestehenden Bestimmungen erlassen werden können, den Erlaß der Rundfunkgebühren auch dann zu gewähren, wenn die Arbeitslosen im freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden und die Vergütung für diese Beschäftigung nicht höher ist als die ihnen sonst aus der Arbeitslosenfürsorge zustehende Unterstützung. Die Postämter sind jedoch entsprechend zu verständigen.“

Die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge auf Ausdehnung der Gebührenfreiheit auch auf Sozialrentner und andere minderbemittelte Schichten werden in der Verwaltungsvorschrift vom Freitag, den 8. Juli, erörtert werden.

Freistaat Baden

Die evangelische Kirche und der Hakenkreuz-, Messias

Die Gemeindevertretung von Altenheim bei Rehl hat mit Mehrheit Herrn Adolf Hitler zum Ehrenbürger dieser Gemeinde ernannt. Das mußte natürlich gefeiert werden. Am Sonntag trafen sich die Hakenkreuzler aus dem ganzen Hanauerland in Altenheim, um neben anderen Festlichkeiten das große historische Ereignis auch durch einen logen. „Festgottesdienst“ zu feiern. Wie der Führer mittel, war die Kirche in Altenheim am Sonntag überfüllt — von Nazimännern, die wahrscheinlich sonst den Pfarrer Rahm von Altenheim weder anzuhören Lust haben, noch etwa das Evangelium von ihm irgendwie erläutert wissen wollen. Herr Pfarrer Rahm von Altenheim, der den jüdischen Geist der heutigen evangelischen Landeskirche durchaus begriffen hat, sah es zu, daß zahlreiche Hakenkreuzler, also Nazimänner, die das Symbol für den politischen Mord und für die politische Verwahrlosung in Deutschland sind, in der Kirche zu einer Art Flaggenparade vereint wurden. Herr Pfarrer Rahm hielt die Festpredigt. Sogar diesem Diener der christlichen Nächstenliebe und des göttlichen Evangeliums war die Erkenntnis eigen, daß die ganze Veranstaltung doch in erster Linie eine Parteifache sei. Er warf daher die Frage auf: „Hat in dieser Stunde und im Rahmen der heutigen Veranstaltung die Kirche eine Aufgabe?“ Diese Frage stellte er, um sie dann wie ein richtiger Hakenkreuzapostel auch zu beantworten. Es war dann viel von der „Krohnhaftigkeit Gottes“, von Jesus Christus, vom Evangelium, von „Gottes Wort“ und von der „Kirche Jesu Christi“ die Rede, also eine echt christliche Predigt, wie wir sie von einer so großen Anzahl protestantischer Pastoren zu hören bekommen, die das Wort Gottes im Munde führen und den unchristlichen Parteiführer in ihrem angeblich germanischen Herzen tragen.

Der Herr Pfarrer verkehrte sich auch — und zwar in einem Gotteshaus der allerchristlichsten evangelischen Kirche — Adolf Hitler als den „Hoffnungsstrahl“, der den Weg „zu Licht und Freiheit“ zeigen werde. Und dann natürlich Orgelklang; ob auch das Kommando erscholl: „Hitlerkappe ab zum Hochgebet!“ also etwa: „Juda verredet!“ oder zum Gebet für innerliche Stärkung für die „Nacht der langen Messer“, steht nicht im Führer, würde aber durchaus in diesen erhabenen Gottesdienst der evangelischen Kirche Badens gepaßt haben.

Am nächsten Sonntag sind die evangelischen Kirchenwahlen. Wirklich kritisch empfindende Mitglieder in dieser Kirche haben an diesem Tage die Möglichkeit, den heutigen Machthabern der evangelischen Kirche, die derartige „Festgottesdienste“ dulden, die gebührende Antwort zu geben.

Nazi und Hugenbergianer

Trotz ihrer exzessiven und volksfeindlichen Gesinnungsgemeinschaft, haben sich heute die Deutschnationalen, also die Hugenbergianer und die Nazis in giftigem Haß gegenüber. Der Haß bei den Deutschnationalen gegen die so erfolgreiche Konkurrenz ist mindestens so groß wie der Haß umgekehrt, nur trauen sich die Deutschnationalen nicht, ihrem Gegner so Luft zu machen, wie er in ihrem Herzen tobt. Die Nazis dagegen nehmen auf die Harzburger Freunde keinerlei Rücksicht mehr, sie behandeln Hugenberg und die Deutschnationalen insgesamt, als wären sie Nazis. So schreibt der Führer der Nazifraktion im preussischen Landtag, der ehemalige konservative Generalsekretär Kube im Karlsruher Naziblatt unter anderem den Harzburger Feinden von gestern das folgende ins Stammbuch:

„Und wenn Herr Geheimrat Dr. Suenberrger mit der ganz primitiven Wut des bei den Vandalen durchgeführten Parteiführers aus Nationalsozialisten für ebenso gefährlich für das deutsche Volk wie der Marxismus erklärt, dann beweist diese verkehrte Erklärung des deutschnationalen Parteiführers zu Beginn der Reichstagswahlen die Wahnsinnigkeit des Halbes, die er unferner maßvoller Organisation gegenüber empfindet.“

Wohl bekommt, Ihr Herren Deutschnationalen!

Wider die Dolchstoßlüge

Sowohl bei den Nationalsozialisten, wie bei den Deutschnationalen und auch bei den Stahlhelmen, spielt in der Agitation gegen die Sozialdemokratie die Dolchstoßlüge eine wichtige Rolle, trotzdem zum kühnsten Male, und zwar an der Hand authentischer Quellen nachgewiesen worden ist, daß die Dolchstoßlüge eine erbärmliche und bewusste Lüge ist. Wir lassen heute einen weiteren, wie wir augen, recht unerwarteten Zeugen gegen die Dolchstoßlüge aufmarschieren. In dem Stahlhelmblatt, Badische Zeitung, Nr. 154 vom 5. Juli 1932, schreibt der badische Oberregierungsrat, Oberstleutnant a. D. und Landtagsabg. Bauer in einem Wahlartikel:

„Wacht mit den ersten Signalen!“ — diesen Grundriss für den Kampf auf dem Schlachtfeld hat Graf Schlieffen, nach dem großen Mafke wohl der bedeutendste Chef des Preussischen Generalstabes, noch von seinem Sterbepult aus seinen Mitarbeitern als letzte Mahnung anvertraut.

Seine Mahnung wurde nicht beachtet und deshalb

ging die Marne Schlacht und damit der Weltkrieg für uns verloren.“

Der Krieg ist also nach dem deutschnationalen Landtagsabg. ordneten und ehemaligen Oberstleutnant Bauer deshalb verloren gegangen, weil die Oberste Heeresleitung zu Beginn des Krieges die Mahnungen des bekannten ehemaligen preussischen Generalstabchefs, Grafen von Schlieffen, nicht beachtet hat. Nur „deshalb“ ist nach Herrn Bauer der Weltkrieg verloren worden. Was Herr Bauer behauptet, ist richtig, aber damit ist der Schwundel abermals aufs gründlichste widerlegt, daß die deutsche Front von hinten erobert worden ist, daß revolutionäre Umtriebe in der Heimat, also im Rücken des Feldheeres den militärischen Zusammenbruch herbeigeführt haben. Die Unfähigkeit der Obersten Heeresleitung zu Beginn des Krieges und, wie wir hinzufügen wollen, die traditionelle Rivalität und Engstirnigkeit der Armeeführer haben die Niederlage verschuldet. Seine deutschnationalen Parteifreunde werden vermutlich dem Herrn Bauer nicht sehr dankbar dafür sein, daß er in so präzisier Form gegen den Dolchstoßwandel im Stahlhelmblatt aufgetreten ist.

Zur evangelischen Kirchenwahl

3 Pfeile für die Freiheit — auch in der Kirche!

Aus dem Kreise der religiösen Sozialisten wird uns geschrieben: Die Pläne der kirchlichen Reaktion sind zum Glück schon jetzt vor der Wahl bekannt. Politische und Nationalsozialisten erhoffen für sich gemeinsam die Zweidrittelmehrheit, um endlich mit der Demokratie in der Kirche Schluss machen zu können. Das Kirchenvolk muß wissen, welche Entscheidung ihm am 10. Juli in die Hand gegeben ist.

1. Es soll ein Landesbischof mit präzisier Lehrjudt auf Kanzel und Katheder eingesetzt werden. Bis jetzt war der Kirchenpräsident durch die Synode wählbar — und absetzbar. Nun soll die oberste Spitze der kirchlichen Volksvertretung nicht mehr verantwortlich sein. Ein Bischof, auf Lebenszeit eingesetzt, wird diktatorisch regieren. Man nimmt die Formen des Katholizismus, ohne seinen Inhalt zu besitzen. Damit schafft man ein Zerbild des Protestantismus. Ein solcher Bischof soll wirken im Sinne einer Uniformität des Geistes, einer Lehrjudt, die sich angeschlossen auf die Bibel gründet, in Wirklichkeit aber aus Bibel die eigene weltanschaulich-politische Meinung herauszieht und mit den Mitteln des Kirchenregimentes durchsetzt. Dann wird erst die Intoleranz zum Prinzip erhoben sein, dann wird es aus sein mit der Gewissensfreiheit der Theologieprofessoren und Pfarrer, mit der Unabhängigkeit der kirchlichen Wortverkündiger. — Die Kirche des 3. Reiches wird dann, wie dies Hitler und Moynier immer wieder verlangt haben, der Staatsraison des Faschismus dienen; das geht am einfachsten, wenn ein gefügiger Landesbischof an der Spitze der Kirche steht.

2. Die Pfarrwahl durch die Gemeinde soll abgeschafft werden. Seit dem Mittelalter ist es die eigentliche selbstverständliche Förderung der Gemeinden, daß sie ihren Pfarrer selbst wählen dürfen. Schon im Bauernkrieg war dies eine Forderung der revolutionären Bauern. Eine der Stützen der jetzigen Systeme in der Kirche ist seine Personalpolitik. Man hat unabweisbare Ansprüche der sozialistischen Arbeiterpartei, einer Pfarrer ihrer Richtung zum Prediger und Seelsorger zu haben, mit Frühen getrieben. Man wird bei einer Belegung erledigter Pfarreien durch das Kirchenregiment in Zukunft noch viel weniger Rücksicht auf die sozialistische Arbeiterpartei nehmen. Man wird die sozialistischen Geistlichen in entlegenen Pfarreien laststellen.

3. Die Umwälzung der Landesbischofsstelle soll abgeschafft werden. Dann wird man wieder wählen wie in der Vorkriegszeit: Zunächst in jeder Gemeinde den Kirchenausschuß und Kirchengemeinderat. Vielleicht muß dann, wie 1919 in Baden, und jetzt noch in den preussischen Landeskirchen, jeder sich erst persönlich zur Wahlerte anmelden, wenn er wählen will. Bei

solchen örtlichen Wahlen entscheidet dann der Pfarrer oder Familienpolitik usw. Jedenfalls schalten dann alle großen Gesichtspunkte aus dem Wahlkampf aus. Man wird wieder „Frieden“ haben, d. h. eine Wahlvertretung von höchstens 10 bis 20 Prozent der Wahlberechtigten. Von dieser örtlichen Kirchenvertretung aus wird die Bezirksynode gewählt, in welcher von jeder Gemeinde ein Pfarrer und ein Laie, nämlich der Vertreter der Mehrheit sitzt. Und wenn von da aus die Landesynode gewählt wird, so werden dann hier auch wieder alle Minderheiten äußerlich ausgeblendet werden, und man wird schließlich eine „einheitliche“ Vertretung des kirchenvolkes zustande bringen, in welcher gewiß keine Sozialisten mehr Unruhe stiften werden. Diese Kirchenruhe ist aber dann Kirchhoffruhe.

Noch einmal hat es das badische Kirchenvolk in der Hand, ob es eine Volkskirche oder eine reaktionäre Obrigkeitkirche haben wird. Wenn die Sozialisten am 10. Juli 1932 nicht wählen, dann brauchen sie wahrscheinlich überhaupt nicht mehr zu wählen. Gegen Selbstmord, Intoleranz und Diktatur müssen 3 Pfeile geschossen werden. Treffst auf, Genossen!

Das unrühmliche Ende einer demokratischen Zeitung

Aus Offenburg wird uns geschrieben:

Was seit langem vorauszuweisen war hat sich ereignet: der offene Uebertritt des Offenburger Tageblatts (Ortenauer Bote) zu den Nazis. Für den Leser dieses Votafaltchens, das einstmal eine vielbeachtete Zeitung von geistiger Haltung gewesen ist, kam dieser Schritt nicht mehr überraschend. Es war ein letzter Schritt auf einem längst eindeutig begangenen Wege. Mit dem Ausschließen des demokratischen Chefredakteurs Franz Huber vor einigen Jahren, hat dieser Weg seinen Anfang genommen. Nach diesem Redaktionswechsel suchte sich das Blatt einige Jahre lang auf dem Niveau eines „unparteiischen“ Generalanzeigers zu halten. Im politischen Teil beschränkte es sich unter Verzicht auf jede eigene redaktionelle Stellungnahme auf die Wiedergabe der Nachrichten der Hugenbergischen Telegraphen-Union (TU). Der zu eigener Kritik befähigte Leser konnte dabei Tag für Tag die interessante Beobachtung machen, in raffinierter Weise die von der Schwerkindustrie finanzierte Nachrichten-Agentur — unter dem Vorwand der Objektivität — gegen Republik und Demokratie Stimmung zu machen verfeht. In dem reichen Angebot des nicht kirchlich-katholischen Teils des Offenburger Bürgeriums, das auf keine demokratische Haltung einstößt, so stolz gewesen ist, aus gewöhnlichen Kadaver-Sittertum, kann sich der „Ortenauer“ ein großes Teil des Verdienstes zuschreiben.

Dem lokalen Teil des Blattes, dem ja keine TU helfen konnte, sollte der Generalanzeigercharakter in diesem Stadium der Entwicklung in der Weise gegeben werden, daß die Redaktion dem politischen Leben der Stadt peinlich aus dem Wege ging. Da es aber politische Kundgebungen und Versammlungen in Offenburg gab,

Badens Rechnungsabschluss für 1931

Nunmehr ist der endgültige Rechnungsabschluss des Landes Baden für das Rechnungsjahr 1931 (April 1931 bis März 1932) fertiggestellt. Der Finanzminister hat am Mittwoch nachmittag in einer Pressebesprechung die nötigen Erläuterungen dazu gegeben. Der Abschluß ist nach den Grundsätzen der Reichsfinanzpolitik aufgestellt, die eine Einteilung in gewisse Sachgebiete vorsehen. Der Bereich kann also nicht ohne weiteres in Beziehung zum Staatsooranschlag gebracht werden. Der außerordentliche Etat erzählt eine Minderungs, daß in ihm in Zukunft nur noch solche Ausgaben erscheinen, die auf Anleihe abgenommen werden.

Die Einnahmen

betragen nach Abzug der Steuerüberweisungen an die Gemeinden und Kreise und der Zuschüsse an die Unternehmungen und Betriebe insgesamt 217,7 Millionen, während der Voranschlag rund 242,2 Millionen vorlag. Das entspricht einer Mindererinnahme von 24,5 Millionen. Die Gemeinden und Kreise sollten nach dem Voranschlag 34,6 Millionen erhalten, in Wirklichkeit haben sie nur 21,7 Millionen bekommen, mithin 13 Millionen weniger. Diese und andere Rückgänge hinzurechnet ergeben somit Mindererinnahmen von 45,5 Millionen, die hauptsächlich auf den Rückgang der Reichsteuern zurückzuführen sind, der sich auf 40,7 Millionen beläuft, während die Landessteuern nur um 4,8 Millionen zurückgegangen sind. Bei den Domänen und Forsten wurde ein etatsmäßiger Ueberfluß von 6,6 Millionen erwartet; sie haben in Wirklichkeit nur 1,8 Millionen gebracht, also rund 4,8 Millionen weniger. Dagegen ist bei den Salinen und dem Münzwesen ein Ueber von rund einer halben Million zu verzeichnen, bei der Hofenerverwaltung ein Ueberfluß von 270 000 Mark. Bei den Zustiegsgeldern ergibt sich eine Mindererinnahme von 1,4 Millionen. Das Kapitel Schulwesen, Kunst, Wissenschaft, Kirche erzählt mit rund 25 Millionen keine nennenswerte Veränderung. Die übrigen Landesverwaltungen bringen in Einnahmen 64,7 Millionen gegen 69,3 im Voranschlag. Diese Steigerung hat seinen Grund darin, daß die Gehaltsrücklagen rechnungsmäßig als Einnahme verbucht sind. Die durch die Kürzungen ersetzten Ersparnisse betragen im Jahre 1931 rund 16 Millionen. Es sind Mindererinnahmen kommen in Frage die Rückgänge bei den Sportstätten, den Zuckerkonten des Reiches, den Heil- und Pflegeanstalten usw.

Die Ausgaben

im ordentlichen Haushalt bestiffen sich im Jahre 1931 auf 218,8 Millionen RM. gegenüber dem Voranschlagslage von 233,1 Millionen. Die Mehrausgaben betragen rund eine Million, während im Voranschlag mit einem Ausgabenüberschuß von 4,9 Millionen RM. gerechnet wurde. Der Ausgabenrückgang beträgt rund 34,3 Millionen. Die Ausgaben für die Allgemeine Staatsverwaltung haben sich um 5,7 Millionen verringert infolge der Kürzung der sachlichen Ausgaben um 15 Prozent und Verringerung des zahlenmäßigen Personalbestandes. Dasselbe gilt für die Minderausgaben für die Reichspräsidenten, Schulwesen, Wissenschaft und Kunst, Kirche, für Straßen- und Wasserbau erzählt sich eine Ausgabenvermehrung von 24,7 auf 16 Millionen RM. für lokale Maßnahmen und Gesundheitswesen eine solche von 19,4 auf 15,7 Millionen RM., hier verursacht durch die Kürzung der Reichsmittel für diese Zwecke. Den härtesten Rückgang haben die Aufwendungen für das Wohnwesen infolge der Bestimmungen der Notverordnung vom 9. Juli v. J. über die Verwendung der Gebäubelieferer erfahren. Voranschlagsmäßig sollten 5,9 Millionen ausgegeben werden, tatsächlich betragen die Ausgaben im ordentlichen Haushalt für 1931 nur 251 000 Reichsmark. Die Ausgaben für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung sind mit rund 25 Millionen ungefähr gleich geblieben.

Nach dem Staatsooranschlag sollten rund 25,9 Millionen auf Anleihen abgenommen werden. Es war aber 1931 nur noch möglich, 3,3 Millionen auf Anleihen zu nehmen. Die härteste Einschränkung hat das Wohnwesen erfahren, für das 18,2 Millionen vorgesehen waren und nur 1,7 Millionen ausgemortet werden konnten dank einer Anleihe bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Da die Freiburger Rinnbauten im letzten Sommer, als sich die Unmöglichkeit der Aufnahme von Anleihen herausstellte, noch nicht fertiggestellt waren, mußte der Rest aus laufenden Mitteln finanziert werden. Für das Landesbahnbauwesen wurden 159 000 RM. ausgeben gegen voranschlagsmäßig eine Million. Im Ende ergab sich ein außerordentlicher Etat 1931 ein Ausgabenüberschuß von 1,5 Millionen RM.

Der Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammen beläuft sich auf Ende März 1931 auf 2,6 Millionen RM. Die wesentliche Ursache des Defizits ist darauf zurückzuführen, daß der Staat gegenüber den Gemeinden in Bezug auf die Erfüllung

ihrer Verpflichtungen an den Staat Entgegenkommen zeigte. Im 1. April 1932 betrug der Mehrschuß bei den Gemeinden ungefähr 2,3 Millionen RM. hätte man diese Mittel gehabt, dann würde der Fehlbetrag nur 300 000 RM. betragen. Wäre man überdies nicht genötigt gewesen, die Rinnbauten in Freiburg aus laufenden Mitteln zu finanzieren, dann wäre 1931 überhaupt kein Fehlbetrag vorhanden.

Der Finanzminister hatte bereits im Landtag mit einem Fehlbetrag von 2,7 Millionen RM. gerechnet, und diese Schätzung hat sich als nahezu richtig erwiesen.

Kurz zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild:

Der badische Rechnungsabschluss für 1931 schließt in den ordentlichen Einnahmen mit 217,7 Millionen RM. ab gegenüber voranschlagsmäßig 242,2 Millionen RM. Die ordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 218,8 Millionen RM. (233,1 Millionen RM.). Der Fehlbetrag beläuft sich auf 1,1 Millionen RM. Die außerordentlichen Ausgaben belaufen sich auf 4,9 Millionen RM. gegenüber voranschlagsmäßig 25,7 Millionen RM., die Einnahmen auf 3,3 (25,9) Millionen RM. Das Ueber der Ausgaben beläuft sich hier auf 1,5 Millionen RM., so daß ein Gesamtfehlbetrag von 2,6 Millionen Reichsmark vorhanden ist.

Im Anschluß an seine Darlegungen über den Etat gab der Minister noch Aufschluß über die Regelung der Auszahlung der Beamtenbesolde in den verschiedenen Ländern. Eine bessere Regelung wie Baden haben von den größeren Ländern nur Württemberg und Bayern, die am 1. und 15. Juni je die Hälfte der Besolde zahlten. Diese Länder sind aber insofern in einer günstigen Lage, als ihnen aus der Postabfindung beträchtliche Beträge zufließen. Der Antrag des badischen Finanzministers beim Reichsfinanzminister um ein größeres langfristiges Darlehen, um dadurch in der Befristung der Zahlungsstermine für die Beamten eine Verringerung eintreten lassen zu können, wurde abgelehnt. Wie in anderen Ländern fehlte auch in Baden am 1. Juli erstmals ein kleiner Betrag von etwa 350 000 Mark zur Bezahlung der Gehaltsbesolde. Alle diese Erscheinungen, so schloß Minister Dr. Mattes seine Darlegungen, sind ein erstes, aber ernst zu nehmendes Warnungssignal für die Zukunft und zeigen, welche Schwierigkeiten allgemein in Deutschland bestehen, bestimmte Zahlungsstermine einzuhalten.

Dieser Abschlußbericht über das Etatsjahr 1931 ist insofern von einer gewissen Bedeutung, als er ein Zwischenstadium darstellt innerhalb des laufenden Jahres und dem vorhergehenden Etatabschnitt. Die neue Abrechnung ist gegliedert nach den Grundzügen der Reichsfinanzpolitik, die die Staatsrechnung in gewisse Sachgebiete aufteilt, so in die Abschnitte der Allgemeinen Staatsverwaltung, der Reichspräsidenten, des Verkehrsweesen, Schulwesen, Wissenschaft und Kunst, Kirche, Soziale Maßnahmen und Gesundheitswesen, Wohnungswesen, Schuldendienst, Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung und sonstige Ausgaben. Gegenüber 1930 ist insofern noch eine Verringerung eingetreten, als eine andere Aufstellung des außerordentlichen Etats vorgenommen wurde, als sie der Etat 1930 noch enthielt. Früher waren im außerordentlichen Etat Dinge mit aufgeführt, die aus Anleihen finanziert wurden und auch laufende Ausgaben, wenn sie einmaligen Charakter trugen. In Zukunft werden im außerordentlichen Etat nur solche Dinge aufgeführt, die aus Anleihen finanziert werden.

Man wird der badischen Finanzverwaltung und damit auch der gesamten Staatsverwaltung

Lär diesen in ganzen gesunden Jahresabschluss die Anerkennung nicht verlagern können. In Baden herrscht immer noch das so veraltete „alte System“. Die Jahresbilanz dieses „Systems“ beweist, was es in den Verlästungen, mit der „Mithwertigkeit“, und wie alle die Anschuldigungen des nationalsozialistischen Janhagels lauten, auf sich hat.

hast man sich auf eine sehr originelle Art über die unbequeme Aufgabe hinweg. Man druckte völlig unbelesen über jede dieser Veranstaltungen den vom jeweiligen Veranstalter eingehenden Bericht ab, ohne diese Herkunft des Berichtes irgendwie anzudeuten. So mußte der Leser dieses Lokaltells heute genau so sehr die Ueberzeugung gewinnen, daß er ein radikal-kommunistisches Blatt in der Hand habe, wie es morgen ganz partei-maschinenmäßig aussehend. Aber jetzt muß die Redaktion wieder arbeiten. Ein genaues Studium der letzten Wahlergebnisse hat offenbar ergeben, daß in Offenbach die Zeit der Halbheiten vorüber ist. Für einige nahe Leser wird vielleicht doch ein kurzer Uebergang noch auf sein. Dieser Uebergang wird so gemacht: man öffnet für etwa 14 Tage den „Sprechsaal“ weit für ganz gewöhnliche nationalsozialistische Propaganda-Artikel. Die kommen hanelnd, fast Tag für Tag, teils vom „Führer“ der NSDAP-Gruppe unterschrieben, der sich z. B. nicht scheut, über die kindlich-demagogischen Steuerentwürfe der Nazis im preussischen Landtag die Extraberechnungen der Frankfurter Zeitung nur zur Hälfte wiederzugeben, was die F. Z. inzwischen als „eine kleine Steuermogelei“ richtig gebrandmarkt hat.

Damit scheint der letzte Schritt genügend vorbereitet, jetzt wird die Leierhaft, nach so viel Einwirkungen, sicher auch diesen überstehen. Könnte man sich einen besseren Anlaß denken, als das neueste Avancement Adolf Hitlers? Vom Gendarmen in Hildburghausen über den „Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst“ ist er jetzt Ehrenbürger von — Altsheim geworden! Was für ein Volksfest was das, welcher Offenbacher, vom Doktor Rombach bis zum ersten Amtsgerichtsrat B. war da nicht anwesend? Selbst der Himmel hatte sein berühmtes „Einleben“. Lieber Tageblattleser, dieser spaltenlange Bericht mit der diden Schlagzeile ist jetzt nicht mehr die anonyme Einleitung, die du so gut gewohnt bist, o nein, unter völligem Bruch mit der Tradition hat die Redaktion selber eines ihrer Mitglieder zu dieser „gewaltigen Kundgebung“ entsandt, den Herrn Dr. Schenkel. Und dies ist der eigene Originalbericht deines Leitblattes.

Niemand kann anders als in diesem (naam im Schmuck-Stil des „Führers“ gebaltenen) Originalbericht und seiner Aufmachung heute den offenen Uebergang des „Ortenauer“ zur NSDAP zu erschließen.

Wir nehmen hoffentlich zu Recht an, daß der republikanisch-demokratische Teil der Offenbacher Bevölkerung sich lebhaft eigene Gedanken über den Wechsel beim Tageblatt machen und dann entsprechend handeln wird.

Nazis schießen auf Arbeiter in Neckarau

Das Mannheimer Bruderblatt meldet: Wahrscheinlich, um eine „Strafexpedition“ (wie das auf Braunschweigisch heißt) auszuführen, weil einer der Hakenkreuzerhelden in Neckarau in der vorigen Woche durch den energischen Protest der Republikaner dieses Vorortes gezwungen wurde, seine herausgehängte Arbeitermordplakate wieder einzuziehen, beschrien am Sonntagabend eine größere Zahl uniformierter Nazis, etwa 350 Mann, Neckarau mit ihrem Besuch. Sie waren natürlich bei ihrem polizeilich genehmigten Umzug von den „friedlichsten Absichten“ getragen. Das zeigte sich schon darin, daß die Polizei (das gehört anerkannt) vorfichtiger Weise eine Sperre in der Rheingoldstraße, wo das Vereinshaus des Volkshaus Neckarau liegt, gestellt hatte. Wie richtig diese Vorsicht war, erwies sich bald, denn von dieser polizeilichen Sperre erst wurden die Nazis gezwungen, ihren Weg in entgegen gesetzter Richtung zu nehmen.

Der ganze Umzug fand bei der Bevölkerung eine sehr lässliche Aufnahme. Der lässliche Empfang und die Vereitelung ihrer „friedlichen Absichten“ durch die Polizei brachte die Nazis offenbar in nicht geringe Wut. Beim Abzug, wo man

außerdem feststellen konnte, daß sie auswärtige SA dabei zu Hilfe geholt hatten, konnten sie sich dann nicht mehr halten. Als Gegner ihre Ablehnung sehr deutlich zum Ausdruck brachten, wurden sie

von der braunen Mordgesellschaft in der Neckarauer Straße vom Baitzaan herab beschossen. Glücklicherweise verfehlten die Schüsse ihr Ziel. Aber diese ungläubige Frechheit alarmierte alsbald den ganzen Vorort. Die Nazis konnten von Glück sagen, daß sie sich bereits aus dem Staube gemacht hatten. Denn die Erregung über die schiefshreudigen Gefellen hätte bestimmt in für diese wohl unangenehmer Weise sich Luft gemacht. So aber sieht die „Legalität“, so sehen die „friedlichen Umzüge“ der Hakenkreuzbanditen aus!



Das ist unser Gruß, hochgerecht die Faust gegen Terror und Reaktion!

Das ist unser Symbol, die 3 Freiheitspfeile!

Jede Genossin trägt unser Abzeichen!

Jede Genossin grüßt mit unserem Freiheitsgruß!

Aus aller Welt

Windhose über Münster

Münster, 6. Juli. Während eines Gewitters, das sich heute gegen Mittag über der Stadt entlud, bildete sich plötzlich eine Windhose, die im Zentrum der Stadt auf einem Platz etwa 40 Meter hohe Bäume entwurfselte und die Dächer der umliegenden Häuser abdeckte. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen.

Grenzwirtschaft

FRS, meldet aus Birmanens: Wie aus dem Grenzort Ludwigsburg gemeldet wird, erschien dort aus Richtung Obersteinbach (Elsch) zwei berittene Franzosen, ein Leutnant und ein Unteroffizier. Sie ritten bis zum Brunnen am Dorfausgang und trankten dort ihre Pferde. Auf Befragen erklärten die beiden Franzosen, daß sie sich verirrt hätten. Mitterweile kamen aus dem Dorf einige deutsche Zollbeamte, bei deren Anblick die Franzosen sich auf ihre Pferde schlangen und im Galopp der Grenze zurückeritten. Die Zollbeamten verfolgten die Flüchtenden, konnten sie jedoch auf dem schlechtesten Wege mit ihren Fahrrädern nicht einholen. Einer der Franzosen sprach flüchtig deutsch. An der Verfolgung beteiligten sich auch zahlreiche Einwohner.

Die Rettung im Urwald

Es wird bekannt, daß die Kunde von der Rettung der deutschen Piloten nach ihrer Auffindung durch Marshall auf einen Zettel geschrieben und Tag und Nacht durch eine Staffel von eingeborenen Jägern von Kap Bernier bis nach Wanddam befördert wurde. Die eingeborenen Staffelläufer meldeten ihre Ankunft in den nächsten Niederlassungen jeweils durch Abbrennen von Strauchwerk an. Dadurch, daß einiae der Läufer, die sich gegen Gefahren durch Umhängen von Amuletten und Zauberketten zu schützen glaubten, mehr als 50 Meilen zurücklegten, genügte für die riesige Gesamtstrecke von Kap Bernier bis Wanddam die Zeit von vier Tagen und vier Nächten.

„Do. X“ in Danzig

WIB, Danzig, 6. Juli. Das Flugboot „Do. X“ traf heute gegen 7 Uhr abends von Königsberg kommend, in Danzig ein. Es überflog die Stadt und ging dann am Weichselbuckbrück nieder.

Amerikaner in Berlin

Berlin, 6. Juli. Die amerikanischen Weltflieger Matten und Griffin trafen um 17.42 Uhr nach 18 1/2 Stunden in Ludau aus Harboug Grace in Berlin ein und starteten wieder um 20.50 Uhr zum Weiterflug nach Moskau.

Berlin, 6. Juli. (Ein. Meldung.) Als die „Prozess von Century“ (Kostspiel des Jahrhunderts) die Maschine der amerikanischen Weltflieger Matten und Griffin um 17.42 Uhr auf dem Tempelhofer Flugplatz landete, wurde ihnen ein begeistertes Empfang bereitet. Sie wurden sofort von Pressevertretern umringt. Beide Flieger sahen außerordentlich frisch aus. Sie benötigten für die Fahrt von Harboug Grace nach Berlin insgesamt 18 1/2 Stunden und haben damit 19 1/2 Stunden weniger gebraucht als Coste und Gattu, deren Rekord des Weltfluges sie schlagen wollten. Die Flieger erklärten, sie hätten bei der Fahrt über dem Atlantik außerordentlich schlechtes Wetter gehabt und seien teilweise gezwungen gewesen, bis auf fünf Meter über dem Wasser herüberzugehen. Sie erklärten auf Befragen, daß sie nach Moskau weiterfliegen würden.

Schlägerei in der französischen Kammer

Paris, 6. Juli. (Ein. Draht.) In den Wandlungen der französischen Kammer kam es am Mittwoch vormittag zwischen dem radikalen Abgeordneten Bouquet und dem unabhängigen Radikalen Besseli zu einem heftigen Streit wegen gewisser Polemiken während der Wahlkampagne in ihrem Heimatdepartement. Beide Abgeordneten waren bei den Verhandlungen an den Kopf, was eine Schlägerei zur Folge hatte. Dabei wurde Bouquet leicht am Auge verletzt. Zwei andere Abgeordnete trennten schließlich die beiden Kampfbühnen.

Glossen

Fni, Geld verdienen!

In der aristokratischen Presse mehren sich die Stimmen, die den Arbeitern erzählen, daß ein oder Geld des Materialismus als Folge der marxistischen Erziehlungen der Geometrischen Arbeiterkassen erlitten habe. Unter diesen materialistischen Einflüssen habe die Arbeiterkassen den Begriff der Arbeit entbeiligt, sie wisse nicht mehr, das Arbeit die Arbeit sei.

Es werden ihr Beispiele vorgehalten. Der Künstler, der in erster Linie nach dem Werk fragt und erst in zweiter Linie nach dem Verdienst, der Gelehrte, der wichtigste wissenschaftliche Arbeit unter der Hand mache, ohne die Absicht des Gelderwerbs, ohne Rücksicht auf seine Arbeitszeit. In der Arbeiterkassen aber, so wird geurteilt, ist der Begriff der Arbeit immer mit Geld verdienen verbunden. Keine Arbeit, die nicht am Lohn gemessen wird und verfleht sich am Tariflohn!

Diese Predigt — das ist das wahre Evangelium des Unternehmertums im erwachenden reaktionären Deutschland. Arbeit, die der Arbeiter für den Unternehmer leistet, ist die Hauptfrage; wer wird denn gleich nach dem Lohn fragen! Denn der Lohn, so lehrt dies Evangelium, hat mit der Arbeit an sich nichts zu tun. Er ist die Unterstützung, die der Unternehmer dem Arbeiter gewährt, er ist kein Entgelt für Leistungen, er ist vielmehr ein Ausdruck der Menschenehrlichkeit des Unternehmertums.

Man merkt, daß dies Evangelium im ensten Zusammenhang steht mit jener Propaganda des Arbeitsdienstes, wie sie von den Nationalsozialisten im Auftrag des Unternehmertums betrieben wird. Man erkennt daran, wie weit zurück die Reaktion gehen will. Bisher wurde der Kampf zwischen der Arbeiterkassen und dem Unternehmertum um die Höhe des Lohnanspruches geführt, jetzt denkt das Unternehmertum daran, den Lohn grundtätig von der Arbeit und der Leistung abzulösen. Arbeit ist Pflicht, Lohnzahlung dagegen ein Akt der Wohlthatigkeit.

Aber dies Evangelium von der Arbeit, die nicht nach dem Lohn fragen darf, vertritt mehr von seinen Predigten aus dem Unternehmertum, als ihnen lieb ist! Dort ist man gewohnt, Arbeit und Geld verdienen streng zu trennen, dort kennt man keine Proportion zwischen Leistung und Lohn. Denn dort verdient man Geld nicht mit Arbeit, sondern auf andere Art und Weise!

Freiheit!

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor: hell aus dem dunklen Bergangenen leuchtet die Zukunft hervor.

Brüder, wenn Not euch umlagert, tägliches Brot euch gebracht, und ihr in Witternis habert: Freiheit perachtet doch nicht.

Brüder, so hört es: die Braunen nutzen ja nur eure Not, loden euch an mit Poanunen, würzen die Freiheit zu Tod.

Brüder, wir alle zusammen zwingen die schmutzsaune Blut: zünden die heilige Flamme Freiheit zu blutroter Glut.

Brüder, mit Leib und mit Leben, frei und zum Tode bereit, laßt uns zum Endleue streben durch alles Dunkel der Zeit.

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit, Brüder, zum Lichte empor: hell aus dem dunklen Bergangenen leuchtet die Zukunft hervor.

Arbeitslosen-debatte in Frankreich

Paris, 6. Juli. In der französischen Kammer antwortete der Arbeitsminister auf die verschiedenen Interpellationen über die Arbeitslosigkeit, die in den letzten vierzehn Tagen von Abgeordneten aller Parteien auf der Kammertribüne entwickelt worden waren.

Der Minister erklärte, das Kabinett habe in der Regierungserklärung bestimmte Verpflichtungen in bezug auf die Beseitigung der Lage der Arbeitslosen übernommen. Diese Verpflichtungen seien eingehalten worden oder seien im Begriff, eingehalten zu werden. Die Abschaffung der sechsmonatigen Grenze für die Auszahlung der offiziellen Arbeitslosenunterstützung sei bereits erfolgt. Was die arbeitslosen Kunsthandwerker und Intellektuellen betreffe, so habe die Regierung für sie eine besondere Unterstützungsstufe mit gegenseitigem Charakter eingerichtet, der die Regierung Gelder aus dem Fonds für die Kunsthandwerker zukommen lassen werde. Ein entsprechendes Gesetzentwurf sei ausgearbeitet und werde demnächst in der Kammer eingebracht werden. Ferner habe die Regierung beschlossen, allen Arbeitslosen eine öffentliche Unterstützung zu sichern, auch wenn sie in Gemeinden wohnen, die keine Arbeitslosenstellen besitzen. Um dies zu ermöglichen, sei ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der den Präfekten gestatte, den Arbeitslosen nötigenfalls aus dem Fonds der Departements die Unterhaltungen auszahlen zu lassen. Das letzte Verzeichnis habe die Kurzarbeiter betroffen. Die Frist von 15 Wochen, in der Kurzarbeiter eine Unterstützung erhalten konnten, sei abgeschafft. Weitere Hilfsmassnahmen seien vorgezeichnet. Die Regierung habe sich auch mit dem Problem der ausländischen Arbeiter beschäftigt. Seit seiner Ernennung zum Minister seien, von einigen Ausnahmen abgesehen, sämtliche Einwanderungsanträge abgelehnt worden. Was die in Frankreich seit mehreren Jahren anfalligen Ausländer und besonders die politischen Flüchtlinge anbelangt, könne nicht die Rede davon sein, sie wieder in ihre Heimat abzuschicken. Falls aber einmal derartige Maßnahmen notwendig sein sollten, würden sie mit größter Rücksicht durchgeführt werden.

Das wahre Heilmittel für die Krise, so fährt der Minister fort, bestche darin, den Arbeitslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Eine Verordnung werde demnächst veröffentlicht werden, die es den Gemeinden und Departements erlaube, gewisse Volkshandarbeiten mit staatlicher Unterstützung zu übernehmen. Die Frage der Verringerung der Arbeitszeit müsse international geregelt werden.

In gewissen Kreisen, so schloß der Minister, liebe man es, die Arbeitslosen als Faulenzer zu bezeichnen. Dagegen müsse er mit Nachdruck protestieren. Denn die traurige Lage des Lebens sei die Mühseligkeit und besonders dann, wenn dadurch Familie und Kinder betroffen werden. Der Arbeitslose sei für die Krise nicht verantwortlich.

Die Rede des Ministers fand bei den Linksparteien großen Beifall.

Volkswirtschaft

Gegen Währungsperimente

Eine Rede des früheren Reichsbankpräsidenten. Auf der Jahreshauptversammlung des Wirtschaftsbundes Niederösterreich am 29. Juni in Hannover hielt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über die Aufgaben der deutschen Wirtschaftslage. Er führte u. a. aus: „Der immer wieder gehörte Verinderung, daß unsere Währung völlig stabil sei, schließe er sich laut und ausdrücklich an. Die Reichsbank von langfristigen Anlagen möglichst bald zu nationalen Wirtschaftspolitik sein.“

Alle Projekte, die in irgend einer Form zusätzliches Geld drucken wollten, seien von der Hand zu weisen. Es fehle und erparat werden müsse. Die Währung der Wünsche nach einer neuen Zahlungsmittelvermehrung, nach einer „Winnenmark“ oder etwas ähnlichem ergebe sich daher von selbst!

Gewerkschaftliches

Schlichtungsverhandlungen in der Textilindustrie ergebnislos

Freiburg, 6. Juli. Heute vormittag fanden vor dem Schlichtungsausschuß Freiburg Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Lohnlage in der Textilindustrie statt. Die Verhandlungen wurden schlichter ergebnislos abgebrochen und man kam überein, für das ganze Land einheitlich vor dem Landesständlichen Verhandlungen zu pflegen.

Der Verbandstag der Schuhmacher in Mainz, dessen Beratungen abgeschlossen sind, hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die bisherigen Beiträge für die Kollaboranten beizubehalten. Für die Beitragsleistung der Kurzarbeiter wurde eine Sonderregelung getroffen, die dem entsprechenden Erleichterung bringt. Die Schwarzarbeit wurde scharf verurteilt. Die Parlandschaft ergab die einstimmige Wiederernennung der bisherigen Vorsitzenden Simon und Berg. Anstelle des in den Ruhestand getretenen ersten Kassierers König trat der bisherige zweite Kassierer Suher; dessen Stelle wird vorläufig nicht neu besetzt. Als Sekretär wurde für den ebenfalls wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheidenden Weikers der Bezirksleiter Schuberz-Hamburg gewählt.

Büchdrucker-Bezirksversammlung

64. Hauptversammlung der Buchdrucker des Bezirksvereins Karlsruhe

Der Bezirksvorsitzende Wilhelm Maier konnte am Sonntag, den 3. Juli, im festlich geschmückten Saal des „Colosseum“ in Karlsruhe die stattliche Zahl von etwa 450 Kollegen von allen Bezirksorten begrüßen. In seinen einleitenden Ausführungen stellte er fest, daß die bisherige Hauptversammlung unter den

Eindrücke der Notverordnungen

lage. Wir danken von Notverordnung zu Notverordnung, führte er aus. Die erste Notverordnung im Juni 1930 wurde bei einem Stand von 2,7 Millionen Arbeitslosen erlassen. Bis zur zweiten Notverordnung im Juni 1931 war diese Zahl auf 4 Millionen gestiegen. Nach der dritten Notverordnung stieg die Zahl auf 4,6 Millionen. Das war der Stand, als die 3. Notverordnung im Oktober 1931 kam — und dann stieg die Zahl der Arbeitslosen weiter auf 5,2 Millionen, als die 4. Notverordnung im Dezember erlassen. Als Auswirkung dieser 4. Notverordnung vom 8. Dezember stieg die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen bis etwa Anfang April ds. Js. weiter auf 6,1 Millionen als Folge des unerhörten Lohnabbaus. Gemerkheitsmitglieder waren, als die erste Notverordnung erlassen, 20,8 v. H. arbeitslos und 18,3 v. H. Kurzarbeiter. Nach all diesen Notverordnungen zur Sicherung der Wirtschaft stieg die Zahl der arbeitslosen Gemerkheitsmitglieder Mitte April ds. Js. auf 45 v. H.; 22 v. H. mußten kurz arbeiten. Besonders beklüht wurde die 5. Notverordnung vom 14. Juni ds. Js. als erste Tat der Baronsregierung von Hitlers Gnaden, die alle Erwartungen in Bezug auf weitere Verschlechterungen alles bisher Dagewesenen übertraf. Die dadurch hervorgerufenen unerhörten Verschlechterungen wurden einer besonderen Kritik unterzogen.

Was die Gemerkheiten vor wenigen Jahren mühsam errungen haben: Die Arbeitslosenfürsorge in die Arbeitslosenversicherung umzubauen, wurde durch die Baronsheimer Regierung mit einem Schlag fast vernichtet. Das Elend der Arbeitslosen durch die unzureichenden Unterhaltungen, das traurige Los Zehntausender von arbeitslosen Bekleideten, die infolge von Schließung der Betriebe keine Möglichkeit mehr haben, ihre Bekleidet zu erwerben, wurde einer besonderen Kritik unterzogen. Das sind die herrschenden Merkmale unserer heutigen total kontrollierten Wirtschaft — der Weltkrise, die sich bald in allen Ländern eingeschlichen hat. Daß sich unter diesen einschüderlichen Ausführungen der Versammlung schon von vornherein ein gewisser Ernst bemächtigt hat, ist selbstverständlich.

Nach Begrüßung des Referenten, des Kollegen Landtagsabgeordneten Kraft von Mannheim, sang mit gewohntem Schwung unsere „Inparanbia“ den eintragsvollen Chor „Lied Polens“, der Tausende als würdiger Auftakt den richtigen Rekonstruktionsgedanken. Das Gedächtnis der 11 Kollegen, die im vergangenen Jahre durch Tod von uns geschieden sind, wurde eintragsvoll hervorgehoben. Durch die Arbeitslosigkeit wurde ganz selbstverständlich auch unsere Verbandskasse in Mitleidenschaft gezogen. In den letzten zwei Jahren wurde durchschnittlich eine Million pro Monat an Unterhaltungen für unsere Opfer der Wirtschaftskrise zur Ausschüttung gebracht. Dieser gewaltige Betrag, aufgebracht von Kollegen für ihre notleidenden Geschwister, ist aber auch ein glänzendes Zeugnis für den gemerkheitlichen Geist und die vorbildliche Solidarität unserer Verbandsmitglieder.

Den Höhepunkt der Versammlung bildete der Vortrag des Kollegen Abg. Ernst Kraft-Mannheim über

„Die Gemerkheiten im Kampf für soziale Freiheit“

In fünfteiligen vorläufigen Darlegungen zeichnete der Redner ein Bild der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft. Nach der Lehre von Karl Marx beruht der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit auf der bestehenden Gesellschaftsordnung. Der deutsche Arbeiterklasse höchstes Ziel ist es, diese bestehende Klassenverhältnisse zu beseitigen. Dazu bedarf es des geschlossenen Willens der Arbeiterklasse, sich einzufassen zu finden. Deshalb wurden auch die Gemerkheiten gegründet, um eine bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen, um das Leben des arbeitenden Menschen lebenswerter zu gestalten. In vielen Kämpfen konnten die Gemerkheiten die sozialen und betrieblichen Verhältnisse bessern. Die Schaffung der Arbeitslosenversicherung, des Tarifrechts, des Schlichtungswesens u. a. m. waren Meilensteine in der Gemerkheitsbewegung. Ausbau der Kranken-, Invaliden-, Angehörigen- und Knappschaftsversicherung, ferner Betriebsräte- und Arbeitsgerichtsgeleis sind Errungenschaften, die es jetzt unbedingt zu erhalten gilt. Ein Sieg des kulturwidrigen Faschismus wäre ein Kulturrückgang, ein Zerbrechen der Gemerkheiten. Das Kabinett Hermann Müller wurde seiner Zeit gelehrt, weil es einer Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung keine Zustimmung nicht geben konnte. Die Wirtschaft schrumpft immer mehr zusammen. Statt die Binnenlauffahrt zu kräftigen, erhoffte Reibung durch Kürzung der Löhne und Gehälter mit dem Auslande konformfähig zu werden, was sich aber als irrtümliche Hoffnung erweist. Die heutige Lohnpolitik bedeutet eine schwere Anklage, da sie die Schrumpfung des Binnenmarktes verschuldet habe. Die Steigerung der Not in der Masse ist uner-

hört. Dies konnte durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gemerkheiten verhindert werden. Mit Arbeitsdienstpflicht ist diesem Massenelend nicht zu helfen; sie wird deshalb von uns abgelehnt! Dem Darniederliegen der Wirtschaft steht gegenüber, daß wenige Künftige über 2½ Milliarden im Jahre für Auwandschneiden erhalten. Von einer Arbeitsregierung ist erst recht nichts zu erwarten. Diese fördert die Diktaturgeleis der Faschisten. Die Tolerierung des Kabinetts Brüning durch die SPD, gleich, um dem Faschismus den Weg zur Regierung zu verstopfen. Brüning wurde deshalb von den Großagraren gestützt, weil sein Siedlungsprogramm diesen nicht angenehm war.

Der Referent streifte nun die neuesten Taten der Baronsregierung: Kürzung der Renten, Einführung der Längst zum alten Elfen gemordeten Saltssteuer u. a. m. Die Vertretung der Arbeiterkraft blieb der SPD allein überlassen, deshalb muß jeder denkende Arbeiter am 31. Juli für die Liste 1 stimmen; die Kräfte in der Arbeiterkraft sind fast genug, die Verhältnisse zu meistern, wenn sie sich einsig ist. Der Reaktion legen wir die Eisenfront entgegen. Der Faschismus richtet sich gegen die Gemerkheiten. Die Faschisten-Angriff entmenschen ist gebieterische Pflicht, besonders der organisierten Arbeiter. Die Arbeiterkraft muß im Befehrmittel sich der Arbeiterpartei anschließen. Wenn wir uns vor Augen halten, was wir bei einem Sieg des Faschismus am 31. Juli 1932 zu erwarten würden, so sei nur auf das Beispiel in Italien verwiesen. Nur wer die Freiheit erkämpft, wird sie besitzen. Wer nicht um 60 bis 70 Jahre zurückgeworfen zu werden wünscht, der wähle am 31. Juli die Partei, die für menschenwürdiges Leben eintritt. Die drei Pfeile der Eisenfront sind für uns Symbole, unter denen wir kämpfen.

Reicher Beifall lobte den Redner für seine ausgezeichneten, mit großer Begeisterung für eine große Sache gemachten Ausführungen, was auch der Vorsitzende nochmals persönlich unterstrich.

In der Diskussion, die von der Opposition gemischt wurde, konnte etwas Besseres nicht vorgebracht werden.

Es war dem Referenten ein Leichtes, die in der Diskussion vorgebrachten Meinungen in klarer sachlicher Weise auf ihren Wert zurückzuführen und Unrichtigkeiten klar zu stellen. Er gebe mit dem Gedanken aus Karlsruhe, daß auch die Buchdrucker in diesem Kampf ihren Mann stehen und losch mit dem Faschismus: durch Demokratie zum Sozialismus.

Der Vorsitzende gab hierauf einen ausführlichen Geschäftsbericht

über das abgelaufene Geschäftsjahr 1931, aus dem nur einige hauptsächlichste Begebenheiten rekapituliert werden sollen, da ja der ausführliche Bericht den Mitgliedern abdruck vorgelesen hat. Verschiedene Verluste, die übernatürlichen Zulagen abzubauen, konnten abgewehrt werden. Das Arbeitsgericht wurde öfters angeregt; wir konnten dabei immer einen Erfolg buchen. So ist festzustellen, daß rund 5250 „A“ als Entschädigung für die Kollegen herausgeholt wurden, von denen 1000 vollständig zu schweigen. Arbeitslos am Schluß des Jahres 1931 waren insgesamt 264 Kollegen, gegenüber 195 um die gleiche Zeit des vorhergehenden Jahres. Arbeitslosenunterstützung wurde an 482 Mitglieder für 20 570 Tage bezahlt. An Knappschaftsunterstützung wurden für 61 Mitglieder 19 481 Tage bezahlt. Der Mitgliederstand beträgt 977, ohne Invaliden und Bekleidete. Der Vermögensstand beträgt 18 885,00 „M“.

Die Revisionen beantragten Entlastung, Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit des Vorstandes, die auch einstimmig erfolgte.

Zwei aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Entschuldigungen wurden ebenfalls angenommen.

Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und die Entschuldigungen entsprechend der heutigen Notzeit festgesetzt.

Koll. Bindenack erstattete hierauf noch einen kurzen Bericht über den Stand der freiwilligen Hilfskasse, während Koll. Wilsch als Kassier über die finanzielle Seite der Kasse Auskunft gab. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden ohne Debatte angenommen.

Einen besonderen Punkt in der Tagesordnung bildete die Ehrung unserer Verbandsältesten, Unter-alleerdeiter Koll. S. Temmler kann am 8. Juli 1932 auf seine 50jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Der Vorsitzende richtete besonders das einjährige Eintreten des Koll. Temmler für die Organisation, sowie sein jederzeit bis auf den heutigen Tag bewiesener Opfergeist für die Gesamtheit. Mit dem Wunsch, ihn noch lange in körperlicher und geistiger Frische unter uns zu sehen, wurde ihm eine Ehrung überreicht. Weiter konnten 16 Jubilare für 25jährige Mitgliedschaft mit der goldenen Verbandsnadel bedacht werden. Es sei auch ihnen für ihre Treue der Organisation gegenüber der Dank ausgesprochen. Die Gesamtzahl der Verbandsjubilare beträgt nun 339 Kollegen mit über 25- und 10 Kollegen mit über 50jähriger Mitgliedschaft.

Mit dem Appell, am 31. Juli ihre Pflicht im Interesse der Arbeiterkraft zu tun, und sich einzureihen in die Abwehrfront gegen den Faschismus schloß der Vorsitzende die von gutem Kampfgeliste besetzte Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation, in das die Anwesenden begeistert einstimmten. K. B.

Partei-Nachrichten

Kämpferischer Sozialismus

Eine der Hauptaufgaben der sozialistischen Propaganda in der Gegenwart ist die aktive Forderung der großen proletarischen Bewegung im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus. Zu dieser Selbstverständigung auf dem Boden des Marxismus ruff E. Böke in seinem Artikel „Kämpferischer Sozialismus“ im Juniheft der „Sozialistischen Wirtsch.“ auf. „Der Sozialismus“, schreibt er, ist das Bündnis der Bedenkenden mit der leidenden Menschheit... Der Sozialismus, die zukünftige Lebensform des arbeitenden Volkes wird nur dann erlangt, wenn der Punkt unseres lebensdienlichen Willens zum Sozialismus stünde in den irdischen und suchenden dritten Volkswesen, die im blassen Rebell unserer gesellschaftlichen Welt Hoffnung und Glauben verlieren und in den Schlimmen des Faschismus verberberndenden Irrsinnern nachhaken.“ Ebenso wie Böke sucht Prof. F. Schwarz in seinem Artikel „Arbeiterkraft und Naturwissenschaft“ den kämpferischen Sozialismus

wissenschaftlich zu untermauern. In engstem Zusammenhang mit diesen beiden weltanschaulichen Artikeln steht der kritische Artikel von M. Schömann „Der Nationalsozialismus als deutsche Kulturbewegung“. Hier wird die ganze Ungeheuerlichkeit der nationalsozialistischen Bewegung entlarvt und eingehend nachgewiesen, daß das angebliche Kulturprogramm der Nazis sich auf bewußte Falschmünzerei, frivole Geschichtsklitterung und Geschichtsfälschung stützt. Für den Kampf gegen die nationalsozialistische Zwangsbefehl dieser Art ist wertvolles Material.

Die monatlich erscheinende „Sozialistische Bildung“ ist zum Preise von 1,50 Mark für ein Vierteljahr durch die Post oder den Verlag F. S. W. Dieb, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Verkaufsstub für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Auskünfte der Redaktion

Merk. Das weitere Material haben wir der zuständigen Behörde übergeben.

Gemeindepolitik

Feststellung von Gemeindeveranschlagungen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Nachdem die Gemeinden nunmehr einigermassen übersehen können, in welchem Umfange sie im laufenden Rechnungsjahr an der Wohlfahrtsbille nach der Wohlfahrtsbilleverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 beteiligt werden, bestehen regelmäßig keine Gründe mehr, die eine weitere Hinausschiebung der endgültigen Feststellung der Gemeindeveranschlagungen rechtfertigen. Die Bezirksämter haben deshalb, soweit noch erforderlich, unverzüglich und mit allem Nachdruck Vorkehrungen getroffen, daß diese Feststellungen in den Bezirksamtsorten bis zum 1. August 1932 durchgeführt sind. Nach diesem Zeitpunkt ist das Zwangsverfahren in allen Fällen durchzuführen, in denen die Gemeindefolgen oder der Bürgermeister in der ihnen obliegenden Verpflichtung zur rechtzeitigen Feststellung des Gemeindeveranschlags verfaßt haben.

In Artikel 2 § 2 Ziffer 1 der Wohlfahrtsbilleverordnung ist die Beteiligung an der Wohlfahrtsbille davon abhängig gemacht, daß die gesetzlich unelastischen oder vorbestimmten Steuern in der erforderlichen Höhe ausreicht sind. Diese gesetzliche Bedingung, die unumkehrbar auch bei den einem Bezirksämterangehörigen Gemeinden ausnahmslos erfüllt sein muß, wenn die Gemeinde auf die Beteiligung an den abgedachten Mitteln rechnen will, schließt die grundsätzliche Notwendigkeit in sich, daß die Gemeindeveranschlagungen in Einnahme und Ausgabe in Wirklichkeit ausgeglichen sein müssen, wie dies schon in dem Erlaß vom 25. April 1932 gefordert worden ist. Um dies zu erreichen, muß u. a. auch im laufenden Veranschlagungsjahr die Bürgersteuer —

Kirchenwahlen!

Seid bereit für den Entscheidungsgestamp in der badischen evangel. Landeskirche wählt am 10. Juli nur die Liste des

Volkskirchenbundes evangel. Sozialisten

in der Regel der letzte noch bewertbare Faktor im Gemeindehaushalt — erforderlichfalls bis zur äußersten drohlich vertretbaren Grenze — herangezogen werden. Der Minister des Innern wird sich beim Reich für ihren Umbau in der Richtung eines dem sozialen Ausgleich dienenden größeren Schusses der wirtschaftlich schwachen Steuerpflichtigen noch einlehen.

Bei der Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage auf allen Gebieten, die nicht nur eine weitere erhebliche Minderung der steuerlichen, sondern auch der vermögenswirtschaftlichen Einnahmen der Gemeinden im Gefolge hat, muß aber insbesondere der in dem Erlaß vom 28. April 1931 Nr. 39182 erörterte Grundgedanke der Sparigkeit in allen Ausgaben nunmehr bis zur äußersten Spitze eingehalten werden. Wie beim Reich und dem Lande können auch bei den Gemeinden nur noch Ausgaben im Veranschlagungstragen werden, die in ihrem Wesen und in ihrer Höhe für die Gemeinde unbedingt als lebensnotwendig erachtet werden müssen und demnach nur dem durch den bestehenden Notstand auf das engste zu beengenden unmittelbaren Aufgabebetriebs der Gemeinden dienen. Fremdenwünsche freiwilliger Leistungen der Gemeinden dürfen ebenfalls dann nicht mehr im Veranschlagung erscheinen, wenn sie infolge der bestehenden finanziellen Bindungen oder des Mangels an anderen Einnahmen zur Ursache eines Fehlbetrags werden würden.

Die in dem Erlaß vom 25. April 1932 angeordnete Vorlage des Veranschlagungslages hat nur dann zu erfolgen, wenn trotz härtester Sparigkeit in allen Ausgabenfällen und des Verzugs aller noch auszufüllbaren Einnahmequellen ein Ausgleich der Ausgaben mit den Einnahmen nicht zu erreichen ist.

Dirigent gesucht!

Der „Wald- und Bach“-Eintracht Eutingen (Gem. Ober) sucht zum sofortigen Eintritt tüchtigen Chorleiter. Angebot der sofort an E. Blum, Eutingen, Rheinstr. 92a, 643

Gärtner-Lehrstelle

für 14-jährige Jungen gesucht. Zu erfragen bei K. 1250 im Volksfreund

Empfehlung

Kaffee 20 „S. Saarbrücken 40 „S. Zunder, Vurlacher, Str. 105

Hast neuer Sprechapparat mit 25 meist neuen Platten zu bez. Derselbe kann jeden Tag von 8-12 Uhr angefordert werden. Seitenstr. 185, 11

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Pollitt, Postfach Baden, Volkswirtschaft, Gemerkheitliches, Soziales, Beutlichkeit, Aus der Welt, Die Welt der Frau, Regie Nachrichten, E. G. Raubach, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Gerichtspraxis, Karlsruhe Umgebung, Sozialistisches Rundfunk, Heimat und Wandern, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Stiller. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger. Eimillige Wohnung in Karlsruhe.

Das ganze Haus macht mit...

Die Arbeitsfrau sagt sorgenschwer: „Wie komm' ich aus? Wo nehm' ich's her?“

Auf daß es endlich besser werde, Helft mit am Aufbau dieser Erde!

Man diskutiert. Erfolg: 5000 groß! Frau Roth ist alle Markten los!

Kleine bad. Chronik

*** Ottenhöfen (bei Achern), 6. Juli. Schwere Verkehrsunfälle.** Gestern nachmittags verunglückte der Briefträger Sodapp, gebürtig aus Sasbachwalden, indem er mit seinem Motorrad aus noch ungeklärter Ursache abseits der Straße geriet, auf einen Steinhaufen fuhr und zu Fall kam. Er erlitt eine Gehirnerschütterung. Lebensgefahr besteht nicht. — Der Bäckermeister Josef Dohs von hier stürzte beim Wollbrunnen mit dem Motorrad und soa sich schwere Verletzungen, u. a. einen Unterschenkelbruch, zu.

*** Schwegingen, 6. Juli. Kurzes Verhängen.** Einem hiesigen Kaufmann wurde am Samstag in Heidesberg sein Zweiflur-Doppel gestohlen. Das Auto fand man in Mannheim unbeschädigt wieder. Die Diebe hatten in dem Wagen eine Schworsfahrt gemacht und ihn einfach stehen lassen, als das Benzin ausging.

*** Mischweiler bei Rastatt, 6. Juli. Vom Baum gestürzt.** Beim Kirschbrechen stürzte der 55jährige Bäckermeister Karl Melcher vom Baume und soa sich erhebliche Verletzungen zu.

*** Neufarn, Amt Bruchsal, 6. Juli. Schadenfeuer.** Gestern nacht kurz nach 2 Uhr wurden die Einwohner der Kapellenstraße durch Feueralarm aus dem Schlaf gerissen. Ungefähr 50 Meter von der letzten Brandstelle entfernt brach in dem Schopf der Villa Mauer-Pengle Feuer aus. Da der Brand rechtzeitig bemerkt wurde und die Freiwillige Feuerwehr gleich eingreifen konnte, wurde das Wohnhaus vor den Flammen geschützt. Der Schuppen, der ein reiches Lager an Holz und dergleichen aufwies, brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Brandursache ist noch ungeklärt.

*** Sambüden, 6. Juli. Durch Anhängen verunglückt.** Auf der Landstraße nach Wiesental hatte sich gestern mittag ein Radfahrer aus Kirchlach an einen Lastwagen angehängt, der in Richtung Sambüden fuhr. In einer starken Linkskurve ließ er sich offenbar los und wurde, auf der linken Straßenseite fahrend, von dem Motorwagen eines aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lastwagens erfasst. Der Verunglückte wurde mit einem Oberschenkelbruch, Brustquetschung, Kopfverletzungen und wohl auch inneren Verletzungen in demütigen Zustand in die Klinik nach Heidesberg verbracht. Die Fahrer der Lastzüge trifft keine Schuld.

*** Mittelstienweiler, Amt Konstanz, 6. Juli. Eine Gabel des Heuwenders durch den Rücken gestochen.** Der 24 Jahre alte Landwirtssohn Karl Stutter verunglückte dadurch schwer, daß die Pferde scheuten und er unter den Heuwender zu liegen kam. Dabei drang ihm eine Gabel des Heuwenders durch den Rücken in die Lunge.

*** Steffingen, Amt Stodach, 6. Juli. Ertrunken.** Hier fiel ein zweijähriges Kind des Landwirts Josef Breinlinger in eine Jauchegrube und ertrank.

*** Ketsch bei Schwegingen, 6. Juli. Vom Baum gestürzt.** Beim Kirschpflücken stürzte die ledige 23jährige Anna Montag an der Straße gegen Speber von der Leiter und blieb schwer verletzt in demütigen Zustand auf dem Fahrdamm liegen. Sie wurde in das Schweginger Krankenhaus verbracht.

*** Mannheim, 6. Juli. Der „Liebevolle“ Ehegatte.** Auf der Medarauer und Speherer Straße schlug gestern nachmittag ein 28 Jahre alter verheirateter Händler mit einem Pfeifschlüssel auf seine Ehefrau ein, so daß sie an dem Kopfe mehrere Beulen und stark blutende Wunden davontrug. Da die Frau über erhebliche Schmerzen klagte, wurde sie nach dem Krankenhaus verbracht.

*** Watsch, Amt Wollsch, 6. Juli. Schwere Motorradunfall.** Der 24 Jahre alte Ehegatte Jakob W. h. r. e. aus Kirchbach fuhr bei dem Versuch, einen Auto auszuweichen, auf einen Gartenzaun und wurde gegen eine Telegrafenstange geschleudert. Er erlitt einen doppelten Wirbelsäulenbruch und wird kaum mit dem Leben davonkommen.

*** Philippsburg (bei Bruchsal), 6. Juli. Hochwasser am Rhein.** Seit Sonntag fährt der Rhein Hochwasser. Das Borgebiet der Rheinischhänzel ist bereits übersutet. Es besteht die Gefahr, daß das 500 Hektar große Gelände der Rheinischhänzel, das einen hervorragenden Stand der Früchte aufzuweisen hat, abermals übersutet wird.

Aus dem Gerichtssaal

Schwurgericht Karlsruhe Ein verhängnisvoller Stoß

Im. Karlsruhe, 6. Juli. In der heutigen Nachmittags-Sitzung hatte sich vor dem Schwurgericht (Vorländer: Landgerichtsdirektor Straub, Beisitzer: Landgerichtsräte Höttinger und Böhner) der 34 Jahre alte verheiratete Schreiner Arthur Furrer aus Karlsruhe, wohnhaft in Baden-Baden, wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Der seit 30. Mai in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte wird beschuldigt, am 29. Mai nachts 1/1 Uhr vor der Wirtshaus „Zum Kanauer Hof“, dem 45 Jahre alten Tagelöhner Josef Vorkefeld einen Schlag vor die Brust versetzt zu haben, so daß er so unglücklich die Treppe herabstürzte und auf das Steinpflaster aufschlug, daß er sich einen schweren Schädelbruch zuzog, an dessen Folgen er am gleichen Tage starb. Der Angeklagte gibt im wesentlichen den Sachverhalt zu.

Der Schwurgerichtshof erkannte gegen Furrer wegen Körperverletzung mit Todesfolge auf 4 Monate Gefängnis; auf diese Strafe wird ein Monat Untersuchungshaft angerechnet. Nach der Ueberzeugung des Gerichts kommt fahrlässige Tötung nicht in Frage, denn der Angeklagte hat mit Wissen und Willen dem Verletzten den Stoß versetzt, wenn er auch die eingetretene Folge nicht wollte. Der Antrag der Verteidigung auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt.

Mutter und Tochter wegen Kindstötung vor Gericht

Im. Karlsruhe, 6. Juli. Vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorländer: Landgerichtsdirektor Straub, Beisitzer: Amtsgerichtsräte Weisner und Albiez) standen heute die 21jährige ledige Bertha Zimpher aus Baden-Dos und ihre Mutter, die 60jährige Cäcilie Zimpher geb. Maier aus Hülselsheim. Die vom Ersten Staatsanwalt Dr. Weiser vertretene Anklage wirft der Bertha Zimpher vor, sie habe am 16. März 10 Uhr abends in ihrer Wohnung in Baden-Baden ihr uneheliches Kind sofort nach der Geburt getötet, indem sie es unter der Bettdecke liegen ließ, so daß es erstickte. Ihre Mutter ist beschuldigt, nichts getan zu haben — obwohl sie wußte, wie es um ihre Tochter stand —, um den Erfolg ihrer Tat abzuwenden.

Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Schwurgericht verurteilte die Angeklagte Bertha Zimpher wegen Verbrechen der Kindstötung nach § 217 zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft, die Mitangeklagte Cäcilie Zimpher wegen fahrlässiger Tötung zur Gefängnisstrafe von sechs Monaten abzüglich ein Monat Untersuchungshaft. Der Haftbefehl gegen die Bertha Zimpher blieb bestehen.

Verurteilter Fahrradmarder

Im. Unter der Anklage wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs stand der 25 Jahre alte mehrfach vorbestrafte Koch Walter Kamenzin aus Freiburg, wohnhaft in Karlsruhe, vor dem Schöffengericht. Die umfangreiche Anklage gegen ihn enthält nicht weniger als 11 in Karlsruhe begangene Fahrraddiebstähle. Die gestohlenen Räder setzte er für 8 bis 10 RM. ab, wobei er mittels selbst gefälschter Bescheinigungen die betrogenen Käufer — denen hätte die Räder wieder abgenommen wurden — über die Herkunft der Räder täuschte. Der Angeklagte, der in vollem Umfange gefählig war, betonte, aus wirtschaftlicher Not gehandelt zu haben. Unter Zuhilfenahme mildernder Umstände erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre. Sechs Wochen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Bürgermeister Ludwig Ddenwald von Bölschhausen (bei Bretten) wegen Ver-

letzung zum Weib und zu verantworten. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust.

Aus der Harld

Rußheim Werksportfest

Bei prächtigem Sommerwetter hielt der Arbeiterportverein am Sonntag, den 3. Juli, sein diesjähriges Werksportfest ab. Um 1/2 Uhr begann die feierliche Festzug durch die Straßen unseres Ortes zum Sportplatz. Voran die 10köpfige Musikkapelle des Arbeiter-Musikvereins Rußheim unter Stabführer von Kapellmeister Nees. Anschließend folgten der hiesige Arbeiter-Gesangverein, Arbeiter-Radfahrerclub, dann die Sportler. Die Veranstaltung war von gutem Geist getragen und wohl geeignet für die gesamte Arbeiterportbewegung zu werden. Während der Werksportfest fanden leichtathletische Wettkämpfe statt. Die Veranstaltung war von geselligen und musikalischen Darbietungen des Arbeiter-Gesangvereins bzw. des Arbeiter-Musikvereins umrahmt. Die Werksportfest verliefen durchaus im Geiste der Arbeiterportbewegung; besonders gefiel durch ruhigen Spielverlauf das Spiel Eagenstein — Plantenloch. Genosse Feder-Sogefeld sei für seine aufopfernde Leistung gedankt. Unseren Verdernereinen sowie allen Beteiligten, die uns bei unserer Veranstaltung unterstützt haben, sei von dieser Stelle aus nochmals herzlichster Dank gesagt.

Ergebnisse. (Die 2 besten Leistungen sind aneführt): Fußballweitstoß: 1. Hofeinz-Plantenloch, 2. Schuster-Plantenloch, 100-Meter-Lauf: 1. Knäus-Plantenloch, 2. Siegel-Rußheim, — Fußball: Rußheim 2 — Eagenstein 2:0; Leopoldshafen 2 — Vieboldsheim 2:4:0, Vieboldsheim 1 — Leopoldshafen 1:3:0; Vieboldsheim, Leopoldshafen 2. fomb. — Bruchsal 2:1:2; Germersheim Pfals 1. — Unterrombach 1:1:2; Plantenloch 2. — Weingarten-Pfals 2:3:0; Rußheim 1. — Neupfals 1:0:1; Bruchsal 1. — Weingarten-Pfals 1:0:1; Eagenstein 1. — Plantenloch 1:4:1; Schlupfpiel: Vieboldsheim, Rußheim 1. fomb. — Eagenstein, Unterrombach, Germersheim 1. fomb 1:0.

Vortrag über Freiw. Arbeitsdienst. Am letzten Samstag abend hielt Gen. Dr. Weismann im vollbesetzten Rathausaal einen Vortrag über „Wesen und Ziele des freiwilligen Arbeitsdienstes“. Der Referent ist mit der Materie des Arbeitsdienstes außer vertraut, was die Aufmerksamkeit der Zuhörer bewies. In Ehren auf Anmelden sei hier gesagt, daß trotz Anwesenheit von Kommunisten und Nationalsozialisten peinliche Ordnung und Stille herrschte. Der Bürgermeister und der gesamte Gemeinderat waren anwesend und konnten sich Material sammeln, bei eventuellen Arbeitsausführungen im freiwilligen Arbeitsdienst. Es wäre zu wünschen, daß in allen Gemeinden und bei allen Arbeitsstellen dieses Thema so sachlich und instruktiv behandelt würde wie hier. Am Schluss erteilte Genosse Dr. Weismann noch über verschiedene Fragen Auskunft. Es sei ihm für seine vorzüglichen Ausführungen auch an dieser Stelle bestens gedankt.

An unsere Filialleiter!

Die mit unserem Rundschreiben vom 4. Juli übersandten Adressen-Listen haben wir noch nicht restlos zurückerhalten. Wir bitten dringend, das erbetene Material umgehend an unsere Expedition abzusenden!

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

Küppersbusch-Herde
sind unübertroffen!
Verkaufsstelle:
Ph. Nagel Herde und Oefen
Kaiserstr. 55/59

A.v. Steffelin
gegr. 1877



Kohlen-Koks-Briketts-Brennholz
Anthrazit-Kohlen von Kohlscheid.
Baumeisterstr. 48 • Fernspr. 61
Karlsruhe a. Rh.

Leichte Sommerstoffe, in Wolle, Seide u. Baumwolle, in allen mod. Geweben u. Dessins in geschmackvoller Auswahl zu billigsten Preisen.
Wollmusselin . . . von 75 Pfg. an
Waschseide . . . von 88 Pfg. an

Stoffe **Büchle**

Erbprinzenstr. 28, am Ludwigsplatz

Farben und Lacke gebrauchsfertig, kaufen Sie billigst im Spezialgeschäft
Friedr. Koll, Kaiserstraße 17

Damenhüte
größte Auswahl
billigste Preise
Geschwister
Gutmann

Heinrich Rothschild
Kaiserstraße 167
Gegründet 1836

Wäsche- u. Ausstattungs-Geschäft

Polstermöbel
Matratzen
Dekorationen
gut und billig
Albert Kammerer
Bürgerstraße 8

Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft
für Herren- und Damenstoffe
Wäsche- u. Haushaltungsstoffe

Stoffe für Sommer, leichte Gewebe
wie gemulerte Kunstseide, von 45 Pfg. an
empfehl

Wilh. Braunagel Lamnstraße 3
neben der Badischen Presse

Natürliche Mineralbrunnen
des In- u. Auslandes zu Kurzwecken u. als tägliches Tisch-
getränk in allen Preislagen

Bahn & Bassler
Karlsruhe in Baden, Zirkel 30, Telefon 286
Freiburg i.Br., Lagerhausstraße 19, Tel. 2967

Möbel bei CARL AUG.
Marx
MARKTPLATZ

sind formschön,
gut, preiswert

Auf **Roll's**
herrlichen Kassen, Luft und
Sonnen-Plätzen
wird jetzt die Wäsche wunderbar!

Emil Schmidt g. m. b. H.
Große Auswahl in preiswerten
● Beleuchtungs-Körpern, Waschtöpfen
● und Bädern, Badeöfen und Gasherden
Kaiserstraße 122 Eingang Waldstraße



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

7. Juli.

1783 Dichter August G. Richter. — 1800 *Komponist Gustav Mahler. — 1868 *Bäcker Adolf Diesterweg. — 1868 *Maler, Arch.-Ber. geogr. — 1893 *Schriftsteller G. de Maupassant. — 1930 *Englische Schriftsteller Conan Doyle. — 1930 Int. Gewerkschafts-Kongress Stockholm. — 1930 *Schriftsteller Julius Hart.

Karlsruher Kriegsgesopfer protestieren

Der Reichsbund der Kriegsgesopften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, Ortsgruppe Karlsruhe, hielt am Dienstag, 5. Juli, eine Protestversammlung ab. In einem längeren Referat wurden alle die materiellen und rechtlichen Nachteile hervorgehoben, die durch die bisherigen Notverordnungen, insbesondere aber durch die neue 5. Notverordnung den Kriegsgesopften zugefügt worden sind. Insbesondere wurde scharf kritisiert, daß durch die 5. Notverordnung ein unerträglich zahlenmäßig großer Personenkreis durch die verschiedensten Maßnahmen meist doppelt getroffen worden ist und daß in den meisten Fällen die große Gefahr besteht, daß durch die Einstellung der Weisung mit dem 15. Lebensjahr und der Kinderzuschläge bei Kriegsgesopften von gleichem Alter ab, die begonnene Berufsausbildung entweder unmöglich gemacht, oder in Frage gestellt wird. Die hier entziehenden sozialen Schäden sind jetzt noch nicht voll zu übersehen. Des weiteren wurde auf den Stand der Fürsorge, die Gestaltung der Richtigkeits- und auf das Mitbestimmungsrecht abgehandelt. Hier wurde gefordert, daß mit den Einschränkungen auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge nunmehr Schluss gemacht werden müsse, weil die Drosselungsmaßnahmen um so unerträglicher seien, nachdem insbesondere durch die letzte Notverordnung ohnehin starke materielle Benachteiligungen eingetreten sind. Die stark besetzte Versammlung schloß sich einstimmig dem Protest an, der bereits von der Bundesleitung des Reichsbundes ergangen ist, forderte Aufhebung der harten Bestimmungen und größere Wahrung des Rechtsstandpunktes.

Öffentliche Wählerversammlung des Bezirks Mühlburg

Die SPD hatte die Wähler Mühlburgs zu einer öffentlichen Versammlung in „Bühl“ eingeladen, und — es soll mit Stolz und Befriedigung festzustellen werden, — die Versammlungsorgane waren demnach überfüllt, daß viele Besucher nur stehend den Ausführungen des Redners lauschen konnten. Reichstagsabgeordneter Gen. Reichsmann Weiße hielt sein Referat in einer so sachlichen, überzeugenden Weise, die es auch dem einfachsten Volksgenossen klar machte, wem er seine Stimme im kommenden Wahlkampf zu geben habe. Der Redner erklärte, es sei nicht seine Absicht, die Zuhörer zu verärgern, um dadurch Stimmen für die Wahl zu fangen. Aber er wolle mit den Anwesenden die politische Lage durchsprechen; die Programme der Gegner durchleuchten; und dann möchte sich der Wähler selbst ein Urteil bilden. Gen. Weiße kommt auf die Lage in Deutschland zu sprechen. Die Weltwirtschaftskrise hat eine ungeheure Arbeitslosigkeit heraufbeschworen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 20 Millionen Menschen. Das ist auch unser Wunsch, auch unter Wille! Millionen Deutsche aber suchen die Erlösung aus dieser seelischen und materiellen Not hinter dem Hakenkreuz; denn Hitler hat psychologisch das Verweisseln der Masse verstanden und — ausgenutzt. Das Programm der Nazi ist ein Sammelsurium von Schleiwörtern, ein Programm mit doppeltem Boden. Selbst Bubendorfer, der frühere Reichsminister, sagt über die Doppelsinnigkeit des nationalsozialistischen Programms: Der Nationalsozialismus ist sozialistisch nach links, nationalistisch nach rechts; parasitär bei den Protestanten, paktfreundlich bei den Katholiken. Der Redner bewies dann treffend an Neuerungen nationalsozialistischer Führer, wie sich das Nazi-Programm seit 1923 geändert hat. Gen. Weiße wies auch darauf hin, wie gewissenlos die Nazi heute sagen: „Sozialismus“ ist schuld am verlorenen Krieg, an der Inflation, am 14-jährigen Elend des deutschen Volkes usw. Sie unterschlagen aber bewußt, daß in den 18 Regierungen „des Systems“ seit Kriegsende überhaupt nur fünfmal SPD-Minister waren. Und ausgerechnet das „nationale“ Kabinett Panen, welches es wagte, den Armeisten des Volkes die Renten und Unterhaltungen zu kürzen, wird von den Goebbels, Bittlers und Straßers toleriert.

Wir stehen jetzt vor der schwersten und entscheidendsten Wahl des deutschen Volkes. Es geht um die Republik, um die Freiheit des Arbeiters, des Proleten. Es geht um die politischen Rechte, die in langen Jahren zum Wohle des Volkes erkämpft werden mußten. Diese Wahl wird nicht nur durch Versammlungen geführt, sondern jeder Volksgenosse muß werden, muß kämpfen, muß die Idee des Sozialismus hinausstrahlen in die Massen. Es geht um Alles!

Brüder, in Eins nun die Hände!
Brüder, das Sterben verlaßt!
Einig der Stürme ein Ende,
Beißig die letzte Schlacht!

Gen. Weiße hatte sein Referat beendet. Begeistert waren die Zuhörer seinen Worten gefolgt. Spontan riefen sich Häufe von Dummheit und ein Freudenschrei durch die Räume: Freiheit, Freiheit, Freiheit, Freiheit!

In der anschließenden Diskussion kamen Vertreter der SPD, und des Kampfbundes gegen den Faschismus zu Wort. Gen. Weiße gab auf verschiedene Anfragen bereitwillig Auskunft. Nachdem sich niemand mehr zum Wort meldete, konnte um Mitternacht der 1. Vorstands des Bezirks Mühlburg, Gen. G. u. G., die Versammlung schließen mit unserem Kampfruf: Freiheit!

Die Eiserne Front marschiert!

Unterm Kampfruf: Freiheit!

Machtvolle Kundgebung der Eisernen Front / Rote Fahnen flattern, eiserne Pfeile fliegen Vorwärts: Durch Kampf zum Sieg!

Dies war ein prächtiger Aufmarsch zur Reichstagswahl. Rot beherrschte die Straße, Rot wird in Karlsruhe die Wahl beherrschen. Aufatmen geht durch die Reihen der Anhänger der Sozialdemokratie. Warum nicht gleich? Frug man allenthalben. Der Beweis ist geliefert: Die Sozialdemokratie ist noch da, und sie wird bei der Entscheidung ein deutliches Wort reden. Das war der Haupterfolg dieser Demonstration. Dem Spießer ist der Schrecken in die Glieder gefahren. Er sieht allmählich, was er angerichtet hat mit seinem Stimmzettel. Beim Marzifantänen war er dabei! Jetzt sieht er, der Marzifant lebt ja noch und wie munter. Und in welcher Zahl! So wichtig hatten sie sich die Eiserne Front nicht vorgestellt! Den Aufmarsch der Braunhemden am Freitag konnten sie noch ertragen, handelte es sich dort um den heimlich Geliebten! Aber jetzt heißt es auf einmal: „Das verdammte Soldatenspiel“. Ja, Druck erzeugt Gegendruck, lieber Spießer! Wir aber sind beruhigt: Wenn sich der Spießer ärgert, dann hat die Sache gewirkt! Und sie war ja auch gut. In Masse und Durchführung ausgezeichnet. Nicht aus ganz Mittelbaden mußten sie auf allen möglichen und unmöglichen Beistand herbeigeholt werden wie am letzten Freitag bei den Braunhemden, nein, das war Karlsruhe, das marschierte, freudlich unterstützt von einer Abteilung aus Durlach.

Rund 3000 marschierten in einem Meer von roten Farben und unter dem Banner der Republik. Eindrusdroll war die Eröffnung des Zuges durch die Fanfarenkapelle. Spielmanszüge, Musikkapellen, frischfroher Gesang von Liedern wie „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“, „Internationale“ usw. brachten Schwung und Begeisterung in den Marsch. Und das Publikum machte mit. In Karlsruhe wohlverstanden! Zunächst standen sie etwas kühl der Sache gegenüber. Aber allmählich hob sich der Arm, jügend erlang ein „Freiheit“ als Antwort den Zugteilnehmern entgegen. Sah man doch, wie der Zug, der zu 70 Prozent aus alten Soldaten bestand, zu einem ersten Zweck demonstrierte: „Die Freiheit ist bedroht. Aber wir sind nicht gesonnen, uns dieses kostbare Gut rauben zu lassen!“ Und wo sich leise eine Gegenprotestaktion bei den massenhaft sich drängenden Zuschauern erheben wollte, wenn da aber dort ein dummes „Heil Hitler!“ oder „Rot Front!“ ertönen wollte, da waren die Rufe gleich zugebedt mit dem Jubelruf „Freiheit!“

Bewundernswert war die Selbstdisziplin dieser schreitenden Masse, die innere Begeisterung, die sich immer wieder in unwiderstehlichen Kampfrufen Luft machte. Jeder einzelne war von dem Wunsche befeuert, das seinige beizutragen, zu dem großen Ziel dieser Demonstration; plötzlich waren die unendlich vielen Fahnen da, und wie durch einen Zauber waren sie mit den „Drei Pfeilen“ geschnitten, Armbrunden wurden beschafft, Abzeichen getragen, die Häute wie zum Schmutz gehalten, emporgereckt, die schmutzen Uniformen der Säuf- und der Stafelente, betonten den straffen Schritt des Reichsbans-

nerleute, so schritt diese Sturmgarde des Proletariats dahin. Vom Mühlburger Tor aus ging durch die Kaiserstraße nach der Südstadt. Dreitausend Schritten im Zug, noch viel mehr tausende umsäumten die Straßen. Der Zug fand sein Ende auf dem Stresemann-Platz, wo die Massen auseinander gingen mit froher Zuversicht für die Zukunft. Es war ein Erlebnis für jeden Teilnehmer gewesen, das bleibt in der Erinnerung haften wird. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Wettergott nicht gerade sein freundlichstes Gesicht aufstreckte. Er wollte offenbar unparteiisch sein, und nachdem er letzten Freitag die Braunhemden tüchtig eingeweicht hatte, auch die Eiserne Front nicht ungeschoren lassen. Großen Eindruck konnte er damit nicht machen.

Diesem ersten Vorspiel werden weitere Taten folgen. Die „Drei Pfeile“ werden sich im Straßenbild durchsetzen. Sie werden den Beweis erbringen, daß die Bevölkerung nicht schuldig dem Terror des „Hakenkreuzes“ ausgeliefert sein wird. Im Zeichen der „Drei Pfeile“ wird die Vernunft in Deutschland wieder zum Sieg kommen. „Freiheit“.

Ist das Einheitsfront?

Bei der Demonstration hatten sich auch kommunistische Gruppen, wenn auch in geringer Zahl, beteiligt. Dagegen wird an sich in diesem Falle nichts einzuwenden sein, denn wenn es gilt, gegen den gemeinsamen Feind zu demonstrieren, so können sich die Kommunisten ohne weiteres beteiligen. Aber sie haben sich nach der Ordnung zu fügen und nach dem Gedanken der gemeinschaftlichen Abwehr zu handeln. Wenn man so viel von Einheitsfront redet, so muß man sie auch in der Praxis verwirklichen. Dann muß aus der Demonstration auch der einheitliche Kampfwille, die Unterwerfung unter das Ganze erkennbar sein. Das war aber gestern Abend bei den kommunistischen Teilnehmern nicht der Fall, ihre Absicht war lediglich, Gefährte für die SPD zu machen. Oder sind die kommunistischen Kampfbereiten mit ihren mehr oder weniger starken Spänen gegen die Sozialdemokratie eine Befundung der Einheitsfront? Hat es mit Einheitsfront oder Einordnung in das Ganze noch etwas zu tun, wenn 99,99 Prozent der Demonstranten der Kampfbereitschaft mit dem Kampfruf „Freiheit!“ Ausdruck geben und dann im Gegenzug dazu das 0,01 Prozent — stärker war die kommunistische Vertretung wahrhaftig nicht — seine Zuehörigkeit zu der kommunistischen Partei mit dem Ruf „Rot Front!“ zum Ausdruck bringt? Kennt man das Einheitsfront, wenn in Rufen und Sprechchören die Eiserne Front angegriffen wird?

Wir danken für eine derartige Sorte von Einheitsfront. Wer mit der Eisernen Front marschieren will, der hat sich den Anordnungen der Eisernen Front zu fügen, um einen einheitlichen Kampfwillen zu dokumentieren. Wer das nicht kann, bleibe weg. Die Zeit ist zu ernst, um zum Gaudium der Gegner der Arbeiterschaft die Eiserne Front noch zu verböden. Entweder man füge sich und unterlasse auch jegliche Störung der wirklichen Einheitsfront oder aber man gebe für sich. Die Eiserne Front hat dann auch keine Verantwortung zu übernehmen.

(-) Ein Karlsruher Mietauto verbrannt. Im Wald bei Pfaffenheim geriet vorgestern Abend gegen acht Uhr das Auto einer Karlsruher Autobetriebsgesellschaft durch Motordefekt in Flammen und brannte völlig aus. Die fünf Insassen, die aus Karlsruhe kamen, sowie der Chauffeur konnten sich rechtzeitig retten.

(-) Silberne Hosentasche. Am gestrigen Mittwoch konnte Maurer Matthes aus Müllers und seine Gemahlin das Fest der Silbernen Hochzeit begehen. Dem Jubelpaar, das auch seit vielen Jahren eifriger Volksfreundler ist, die besten Glückwünsche.

Die Polizei berichtet:

Fahrrad Diebstähle

Gestern wurden 5 Fahrräder gestohlen, ein Fahrrad aufgefunden.

Zusammenstoß

Der Führer eines Motorrades mit Beiwagen stieß beim Ueberholen des Autos und Kreuzstraße einen Radfahrer an, der zu Boden stürzte. Der Radfahrer erlitt erhebliche Verletzungen, das Fahrrad wurde leicht beschädigt.

Während der Demonstration der Eisernen Front kam es gestern Abend in der Südstadt Karlsruhe zu einem Zwischenfall, dadurch, daß ein junger Kaufmann, der sich durch Gegenrufe mißliebige gemacht hatte, von Zugteilnehmern in den Zug hineingezogen und

geschlagen wurde. Die Polizei konnte durch sofortiges Eingreifen Schlimmeres verhindern. Ein 29 Jahre alter Kraftwagenführer, der als Zuschauer im gleichen Augenblick nach Angabe eines Zeugen auf den Zug mit Steinen geworfen haben soll, gelang zur Anzeige.

Lichtspielhäuser

In den Kammer-Lichtspielen

sehen Sie ab morgen, den großen dramatischen Konflikt aus dem fernem Osten „Welt im Dschungel“. Ein Film von Liebe und Leidenschaft. Aus Eifersucht ermordet eine Frau ihren Geliebten, und bleibt dadurch ewig an einen ungeliebten Mann gefesselt. Sie leben und hören Charlotte Ander in ihrer ersten dramatischen Konfliktrolle. Außerdem bringen wir als zweiten Schläger „Mitter der Luft“. Hier leben Sie die Entwicklung des Flugwesens bis zum heutigen Tage. Die großen Kampfpiloten aus dem Weltkrieg, Richthofen, Immelman und Beffe. Auch französische Flughelden, wie Kungesser, welcher bei der Ueberquerung des Ozeans den Tod erlitt. Lindbergh, Byrd, Amundsen, welcher den Versuch machte zu retten, mit dem Leben bezahlten mußte. Dieser Film ist ein unübertreffliches Denkmal unserer Flughelden.

Sozialisten und Republikaner

Besuchen morgen die Kundgebung im kleinen Festhalleaal. „Die Kirche am Scheidewege“
Es sprechen: Gen. Dr. Dietrich, Jugendpfarrer Kappes

Männer und Frauen, heraus!

Massenkundgebung

Kommenden Samstag, den 9. Juli, abends 7 Uhr Aufstellung beim Schloßplatz, Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Die werktätige Masse marschiert! Sturmflaggen heraus!

In die Reihen der Eisernen Front für Freiheit und Brot!

Die Kampfleitung



